



SRG SSR Wahlbarometer

Hauptbericht – Oktober 2019



Auftraggeber

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autor/-innen:

Michael Hermann
David Krähenbühl
Gordon Bühler
Lorenz Bosshardt

Sarah Bütikofer

Zürich, Oktober 2019



Inhaltsverzeichnis

1	Aktuelle Wahlabsicht	4
1.1	Eine «grüne Welle» und viele Verliererinnen	4
1.2	FDP fällt ins Minus	5
1.3	Mitte verschiebt sich nach links	6
1.4	Deutsch- und französischsprachige Schweiz im Vergleich	7
1.5	Wählerwanderungen: Einseitige Mobilisierung	8
2	Einschätzung Wahlentscheid und Wahlausgang	11
2.1	Sicherheit des Wahlentscheids und der Wahlteilnahme	11
2.2	Erwartungen	12
2.3	Art des Wahlentscheids	13
3	Wichtigste politische Herausforderungen	16
3.1	Klima gewinnt nochmals an Wichtigkeit	16
3.2	Nach Parteien und politischer Position	18
3.3	Herausforderungen nach demographischen Kriterien	21
3.4	Sprachregionale Unterschiede	22
4	Schwerpunktthema Klima	24
4.1	Euphorie und Anzeichen von Überdross	24
4.2	Mehrheit für griffige Klimapolitik	25
4.3	FDP im Dilemma	26
5	Profil der Parteiwählerschaften	29
5.1	Demographie: Geschlecht und Alter	29
5.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen	30
5.3	Wahlentscheid Auslandschweizer/-innen	32
5.4	Selbstpositionierung im Links-rechts-Spektrum	33
6	Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten	35
6.1	Wahrgenommener Einfluss der Bundesratsmitglieder	35
6.2	Wahrgenommene Sympathie der Bundesratsmitglieder	37
6.3	Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte	38
7	Datenerhebung und Methode	42

1 Aktuelle Wahlabsicht

1.1 Eine «grüne Welle» und viele Verliererinnen

Konzentrierte Gewinne, verteilte Verluste. So präsentiert sich das letzte Wahlbarometer vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019. Klar auf der Gewinnerseite stehen die Grünen und die Grünliberalen, während alle anderen Parteien zumindest tendenziell mit Verlusten rechnen müssen.

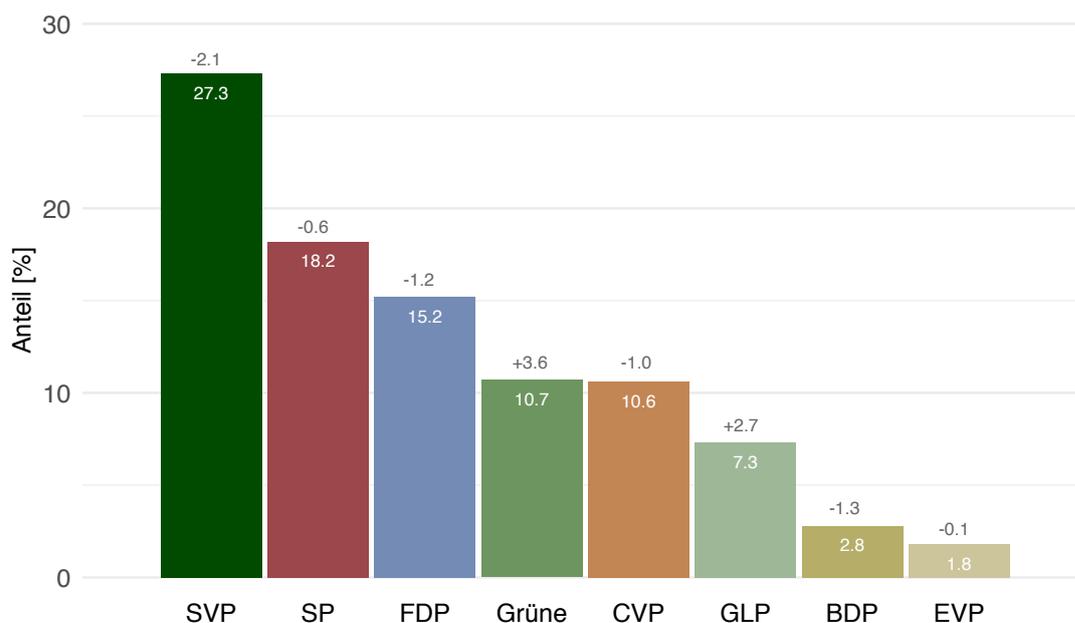


Abbildung 1: Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht

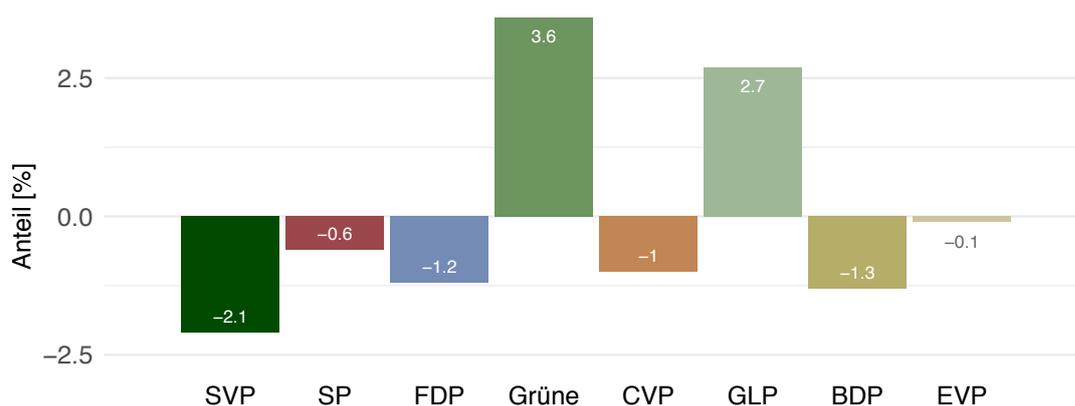


Abbildung 2: Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015

Mit einem aktuellen Plus von 3,6 Prozentpunkten steuern die Grünen in Richtung rekordmässigen 10,7 Prozent. Ebenfalls auf Rekordkurs befinden sich die Grünliberalen. Gemäss aktueller Wahlabsicht, wollen der GLP 7,3 Prozent ihre Stimme geben. Dies entspricht einem Plus von 2,7 Prozentpunkten. Gelingt es

den beiden Parteien des ökologischen Spektrums dieses Umfrageergebnis am Wahltag tatsächlich zu realisieren, erreichen sie zusammen 18 Prozent. Damit wären sie zumindest gemäss Wähleranteil auf Augenhöhe mit den beiden doppelt im Bundesrat vertretenen Traditionsparteien SP und FDP. Da sich die beiden Öko-Parteien auf dem Links-rechts-Spektrum unterschiedlich positionieren, lässt sich ihr Stimmengewicht im politischen Alltag und insbesondere auch bei einer Bundesratswahl nicht einfach aufsummieren.

Anders als die Gewinne verteilen sich die Verluste auf eine ganze Reihe von Parteien. Bei der letzten Ausgabe des Wahlbarometers im September lag die mediale Aufmerksamkeit bei der CVP und der Möglichkeit, dass diese von den Grünen überholt werden könnte. Diese Möglichkeit ist keineswegs vom Tisch. Die beiden Parteien sind gegenwärtig faktisch gleichauf. Dennoch hat dieser Wettlauf an Brisanz verloren. Zum einen, weil sich das Minus der CVP seit der letzten Umfrage leicht reduziert hat und mit einem erwarteten Wähleranteil von 10,6 der Abstand zur symbolisch wichtigen Zehnprozenthürde etwas grösser geworden ist. Wichtiger für die Wahrnehmung ist allerdings, dass gemäss aktuellem Umfrageergebnis die CVP etwas weniger verliert als alle anderen anderen bürgerlichen Parteien. Würde das aktuelle Umfrageergebnis am 20. Oktober Realität, stünde wohl mindestens so sehr die FDP im Fokus, die in der letzten Welle des Wahlbarometers erstmals mehr verliert als die CVP. Dies zeigt, wie im stabilen Parteiensystem der Schweiz kleine Veränderungen in den Wähleranteilen, grosse Auswirkungen auf die resultierende Wahrnehmung von Siegern und Verlierern haben können. Dabei gilt es zu bedenken, dass die Schätzgenauigkeit dieser Umfrage vergleichbar ist mit einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,4 Prozentpunkten.

1.2 FDP fällt ins Minus

Die markanteste Verschiebung im Vergleich zum letzten Wahlbarometer betrifft die FDP. Das Plus von 0,3 bei der letzten Welle drehte sich innerhalb von nur fünf Wochen in ein Minus von 1,2. Zwischenzeitlich hatten sich in Bern die eidgenössischen Räte zur letzten Session dieser Legislatur versammelt. In der letzten Woche der Session behandelte der Ständerat das CO₂-Gesetz. Dabei setzte sich die FDP erstmals und mitunter federführend für die Konkretisierung ihres neuen Kurses in der Klimapolitik ein. Der Start der vorliegenden Umfrage fiel dabei genau mit dem Ende der Session zusammen. Die weiter unten folgende Auswertung der Wählerwanderungen (Abb. 6) zeigt, dass hier durchaus ein Zusammenhang bestehen dürfte.

Fast spiegelbildlich zur Entwicklung der FDP ist jene der SVP. Die nationalkonservative Partei hatte bis im Juni laufend Wähleranteile verloren. Seither scheint sie sich langsam von ihrer Frühjahrs-Baisse zu erholen. Wie noch gezeigt wird, dürfte auch hier die Klimapolitik eine wichtige Rolle spielen.

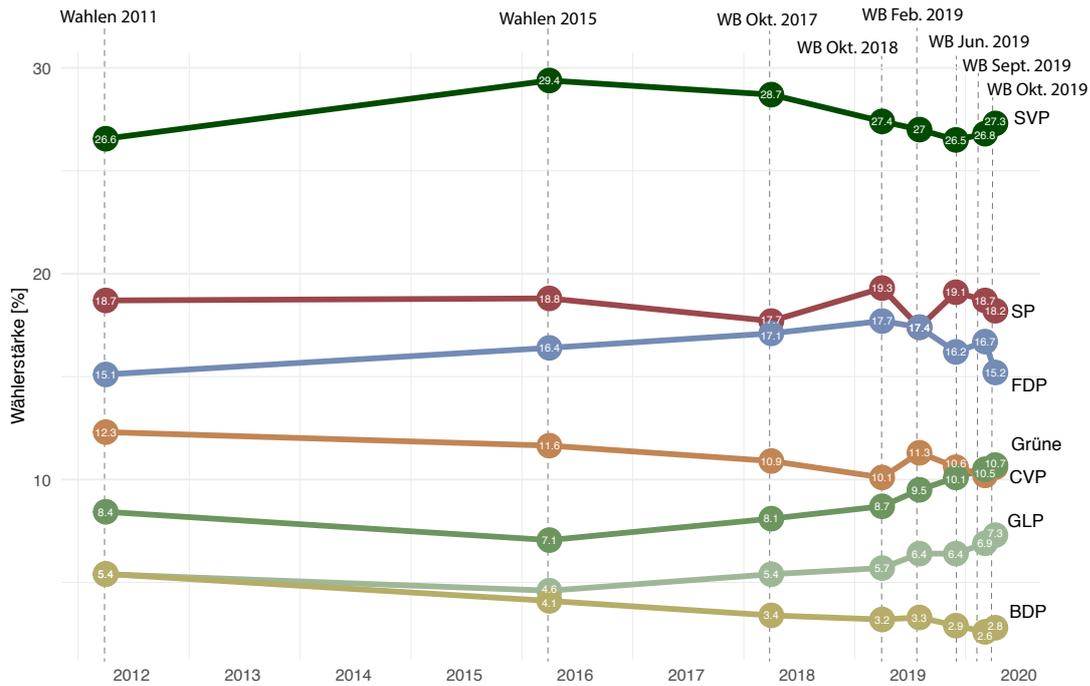


Abbildung 3: Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Nationalratswahlen 2011, 2015 / SRG Wahlbarometer 2017 bis 2019)

1.3 Mitte verschiebt sich nach links

Der dominante Trend ist grün, damit verbunden ist jedoch auch eine Bewegung Richtung links. Weil die SP trotz deutlicher Gewinne der Grünen gemäss Umfrage nur wenig verliert, gewinnt das rotgrüne Lager aktuell 3 Punkte hinzu. SVP und FDP, die beiden Parteien rechts der Mitte, verlieren demgegenüber 3,3 Punkte. Der Wählerzuwachs des rechten Lagers von 2015 wären damit wieder weitgehend eingebüsst. Die politische Mitte kann ihren Anteil dagegen insgesamt halten. Dies allerdings nur wenn die mitte-links positionierte GLP dazugezählt wird. Aktuell gleicht sie die Verluste von CVP und BDP vollständig. Wenn rechts verliert und links gewinnt, verschiebt sich die politische Mitte des Nationalrats nach links. Das heisst, es braucht jeweils nur einen Teil des Mittespektrums für Mehrheiten auch nach links. Werden in der Mitte zugleich die Grünliberalen stärker, dürfte dies zu variableren Mehrheitsoptionen im Nationalrat führen.

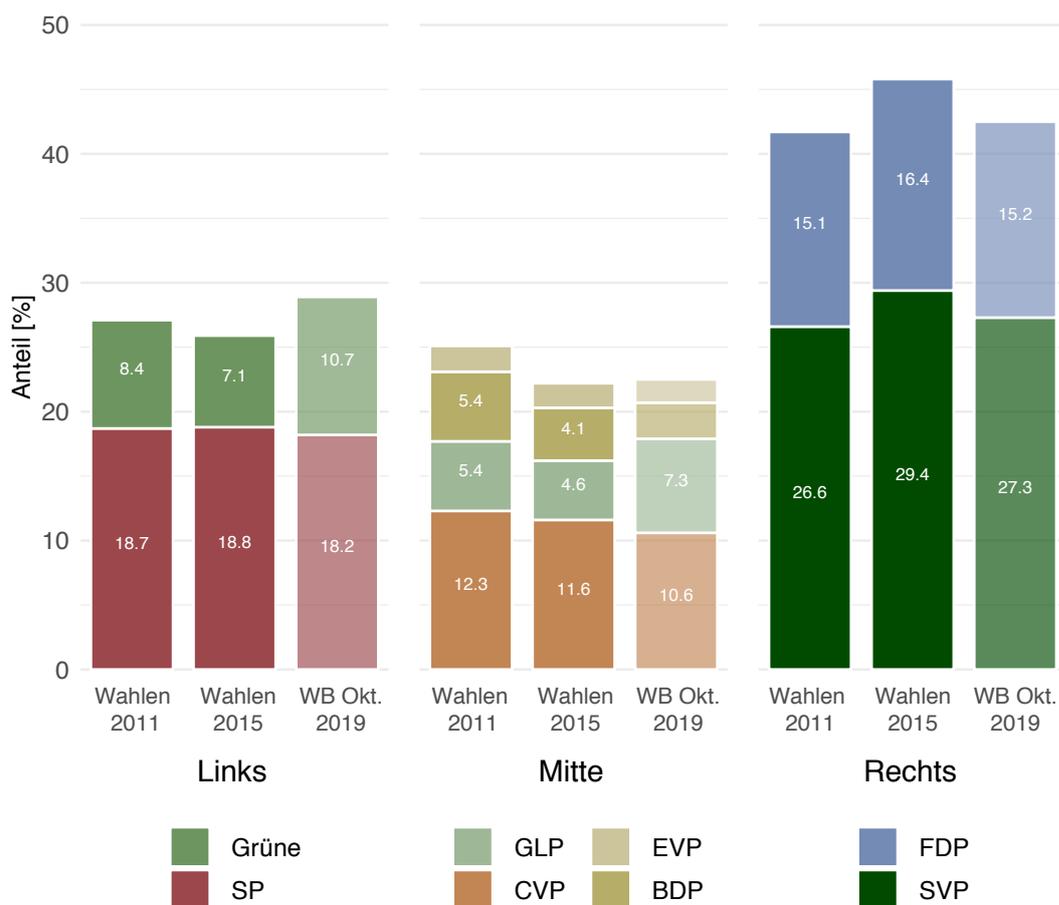


Abbildung 4: Entwicklung der Wähleranteile der drei Lager Links, Mitte, Rechts

1.4 Deutsch- und französischsprachige Schweiz im Vergleich

Die grüne Welle kennt keinen Röstigraben. Der grüne Aufstieg unterscheidet sich dennoch in den beiden grossen Sprachregionen. Während sich der Grünrutsch in der Deutschschweiz auf die Grünen und die GLP aufteilt, profitieren in der Romandie vorwiegend die Grünen davon. Diese schaffen gemäss aktueller Umfrage in der französischsprachigen Schweiz ein bemerkenswertes Plus von 4,5 Prozent. Die Grünen in der Romandie sind traditionell etwas weniger links positioniert als in der Deutschschweiz, gleichzeitig steht der Freisinn etwas weniger rechts. Entsprechend bleibt in der Romandie weniger Platz für eine grünliberale Partei. Auffällig ist, dass in der Romandie eher die SP und in der Deutschschweiz dafür vermehrt die FDP verliert. Zumindest teilweise dürfte dies auch mit der spezifischen Ausprägung des Grünrutsches zusammenhängen. In der Romandie kommt der grüne Aufstieg primär den Grünen zugute und diese fischen im selben Teich wie die SP. In der Deutschschweiz teilen sich die Gewinne gleichmässiger auf GP und GLP auf. Dabei stellt letztere auch für die FDP eine Konkurrenz dar. Dies ist allerdings nur ein Teil der Erklärung, denn das stärkere Minus der FDP

in der Deutschschweiz hat auch mit der grösseren Konkurrenz durch die SVP zu tun.

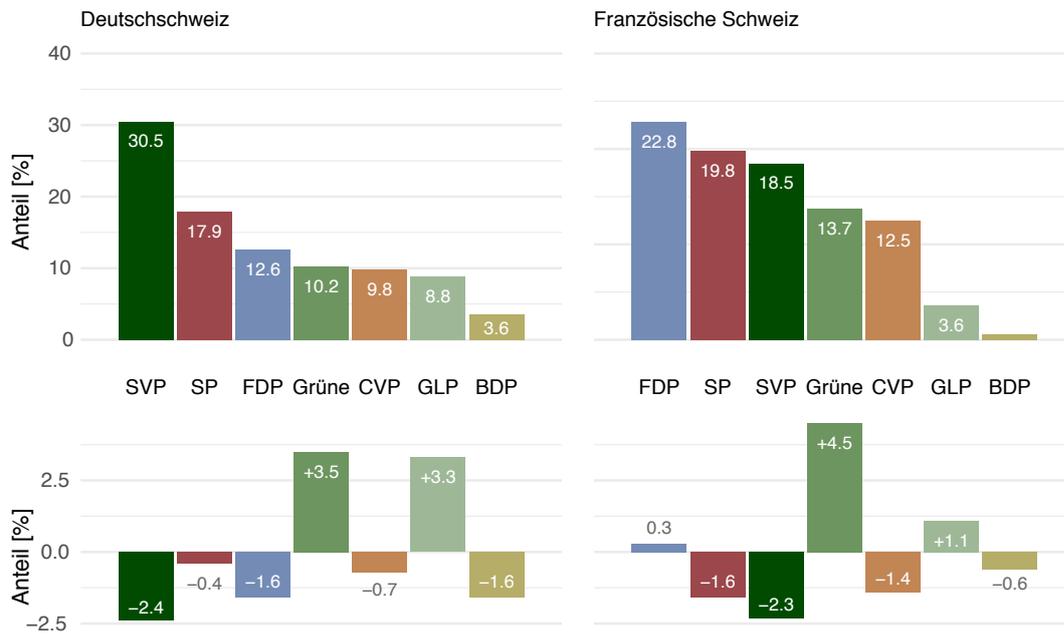


Abbildung 5: Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht sowie Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015 – nach Sprachregion

1.5 Wählerwanderungen: Einseitige Mobilisierung

Die Auswertung der Wählerwanderungen (Abb. 6) zeigt woher die Gewinne der Parteien stammen und wohin die Verluste gehen. Dargestellt ist jeweils der Saldo der Zu- und Abwanderung seit den letzten Wahlen. Für Gewinne und Verluste der Parteien spielen neben den Wechselwählern auch die Gruppe der Nichtwähler eine wichtige Rolle. Die Auswertung zeigt, dass der erwartete Linksrutsch bei den Wahlen vorwiegend eine Folge einer einseitigen Mobilisierung ist. Nicht nur die SP, sondern vor allem auch die Grünen gewinnen nur wenige ehemalige Wählende von bürgerlichen Parteien. Der prognostizierte Zuwachs des linken Lagers geht somit fast ausschliesslich auf die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler zurück. Gerade bei den Grünen gehören dazu sehr viele junge Menschen, die das erste Mal an der Wahl teilnehmen. Genau umgekehrt verhält es sich bei der SVP: Ihre erwarteten Verluste resultieren nicht aus einer Abwanderung zu anderen Parteien. Die SVP verliert nur, weil ein Teil ihrer ehemaligen Wählenden dieses Mal voraussichtlich nicht an den Wahlen teilnehmen wird. Dabei trägt die zunehmende Überalterung der SVP-Wählerbasis dazu bei, dass mehr Ältere wegfallen als Junge nachkommen.

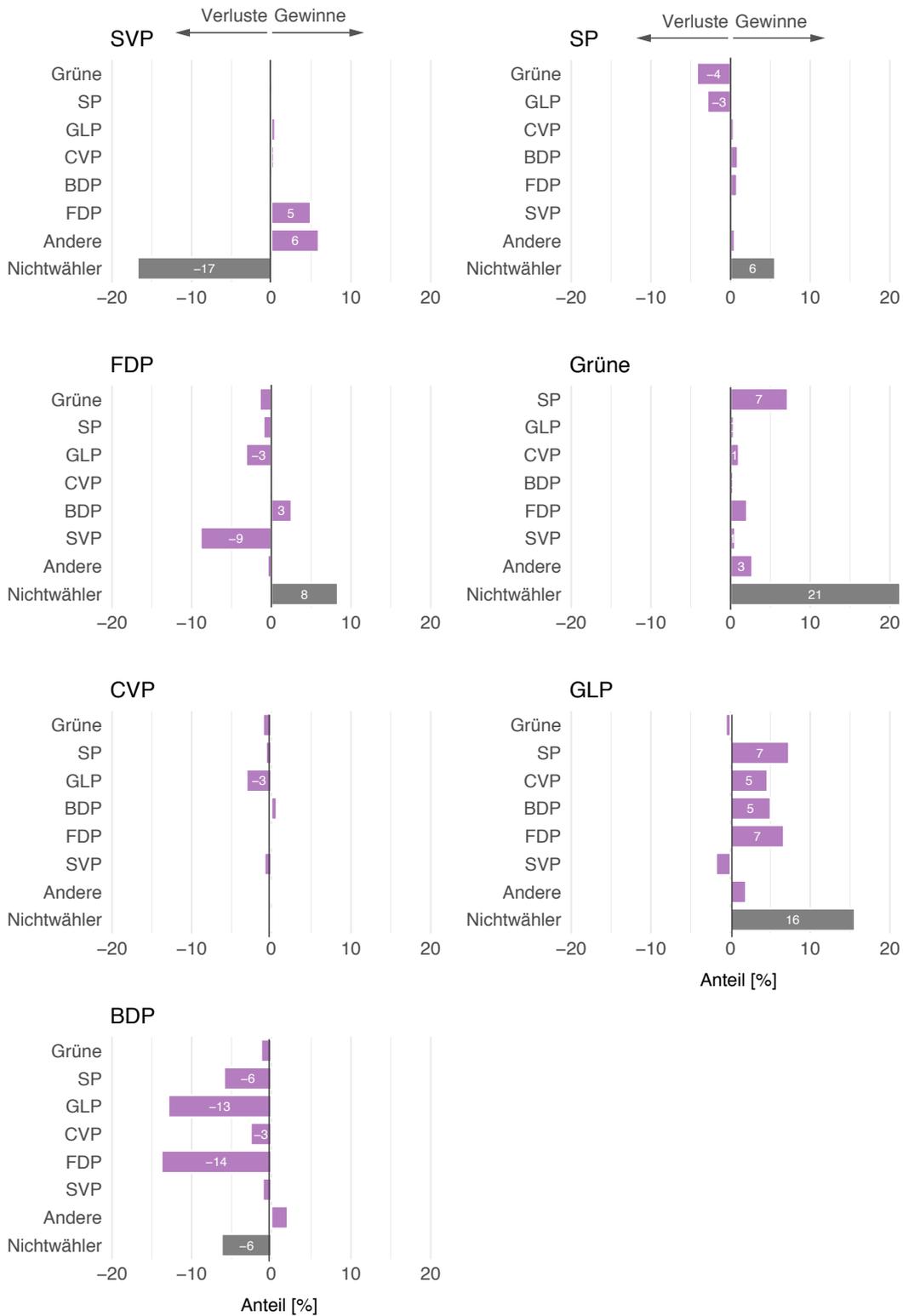


Abbildung 6: Wählerwanderungen aus Sicht der sieben grössten Parteien. Dargestellt ist die Bilanz der Ab- und Zuwanderungen in Prozent der aktuellen Wählenden. Lesebeispiel: Vom erwarteten Total der Wählenden der Grünen gehen 21 % auf ehemalige Nichtwähler und 7 % auf ehemalige Wählende der SP zurück.

Das Ausmass des Linksrutsches bei diesen Wahlen hängt vom relativen Unterschied in der Stimmbeteiligung der potenziellen Links- und Rechts-Wählenden ab. Die Höhe der Stimmbeteiligung insgesamt ist somit nicht das entscheidende Mass. Von Bedeutung ist viel mehr die erwartete ungleiche Mobilisierungskraft der Parteien. Im politischen Diskurs besteht dabei oft ein zu enges Verständnis von Mobilisierung. Mobilisieren wird oft mit dem gezielten Aktivieren der Basis durch Mobilisierungskampagnen im Vorfeld der Wahlen gleichgesetzt. Das Mobilisierungspotenzial einer Partei hängt allerdings wesentlich davon ab, ob sie mit ihrem politischen Angebot überzeugende Antworten auf die Anliegen und Sorgen ihrer potenziellen Wählenden bietet.

Auch wenn Mobilisierung und Demobilisierung wichtig ist, werden sie längst nicht nur dadurch entschieden. So geht etwa der Zuwachs bei den Grünliberalen mehrheitlich auf Wechselwähler zurück. Die GLP profitiert von ihrer Brückenposition zwischen den politischen Lagern. Jeweils sieben Prozent derer, die ihr die Stimme geben wollen, sind ehemalige SP- bzw. ehemalige FDP-Wählende. Jeweils fünf Prozent stammen von BDP und CVP. Wie die Grünen profitiert auch die GLP von jüngeren Neuwählern – jedoch weniger ausgeprägt.

Abbildung 6 liefert wichtige Hinweise für den Grund des Negativtrends der FDP: Gemäss Umfrage verliert sie neun Prozent ihrer ehemaligen Wählenden an die SVP. Seit dem letzten Wahlbarometer vom September hat sich die Bilanz gegenüber der SVP für die FDP ins Negative gedreht. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Freisinnigen trotz ihres profilierten Klimakurses auch Wählende an die GLP verlieren. Noch schlechter wäre die FDP-Bilanz, wenn es ihr nicht gelingen würde, ehemalige Nichtwähler zu Mobilisieren und Wählende von der BDP zu erben

2 Einschätzung Wahlentscheid und Wahlausgang

2.1 Sicherheit des Wahlentscheids und der Wahlteilnahme

Die meisten, die sich für eine Partei ausgesprochen haben, sind sich sicher, dass sie tatsächlich an der Wahl teilnehmen werden. Mit 7 Prozent, ist der Anteil, der sich nicht so sicher ist, bei der SVP etwas höher als bei den anderen Parteien. Auffällig viele SVP-Anhängerinnen und Anhänger geben dabei als Grund an, dass sich sowieso nichts ändere, wenn sie teilnehmen würden. Am sichersten bezüglich Wahlteilnahme sind sich jene, die sich für die SP oder die CVP ausgesprochen haben.

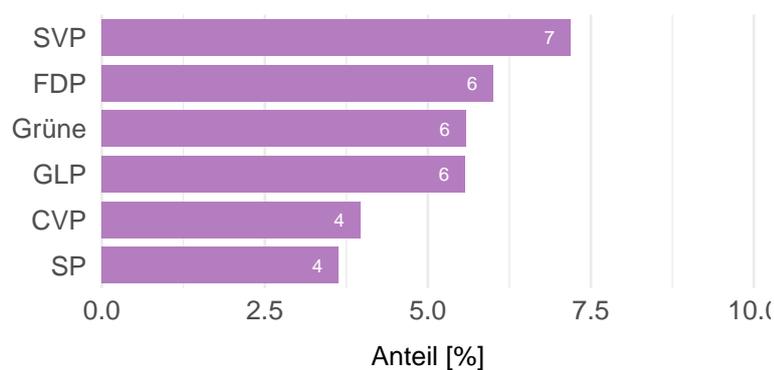


Abbildung 7: Anteil, der womöglich doch nicht an der Wahl teilnehmen wird.

83 Prozent der Befragten waren sich drei Wochen vor der Wahl sicher, dass sie bei ihrem Wahlentscheid bleiben werden. 17 Prozent hielten es für möglich, sich noch für eine andere Partei zu entscheiden.

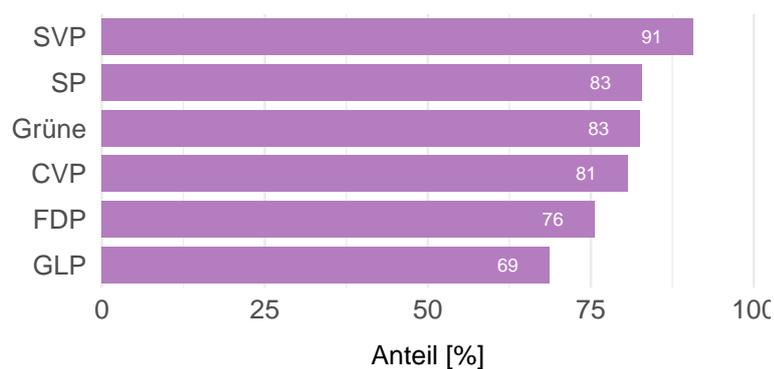


Abbildung 8: Anteil, der sich sicher ist, sich nicht mehr für eine andere Partei zu entscheiden.

Auffällig ist der hohe Wert der Entschlossenen bei der SVP mit 91 Prozent. Demgegenüber geben besonders viele GLP-Wählende an, möglicherweise noch

auf ihren Entscheid zurückzukommen. Fast ein Drittel der voraussichtlichen GLP-Wählenden ist sich der Sache noch nicht ganz sicher. Dies ist auch Ausdruck davon, dass die erwarteten Gewinne dieser Partei mehrheitlich auf Wechselwähler zurückgehen. Auch bei der FDP gibt es mit 24 Prozent relativ viele, die angeben, dass sie von ihrem Wahlentscheid noch abrücken könnten.

2.2 Erwartungen

«Wird die Zusammensetzung des Parlaments nach den Wahlen besser sein als heute?». Diese Frage wird von den Wählenden der verschiedenen Parteien sehr unterschiedlich beurteilt. Am pessimistischsten ist die Wählerbasis der SVP. Nur 15 Prozent sind sehr oder eher zuversichtlich, dass sich die Zusammensetzung des Parlaments mit den Wahlen zum besseren wendet. Ganz anders ist die Stimmungslage im rotgrünen Spektrum und bei der GLP. Bei der Wählerschaft dieser Parteien sind rund Zweidrittel zuversichtlich, dass die Zusammensetzung besser wird und nur rund jede bzw. jeder Zehnte ist pessimistisch.

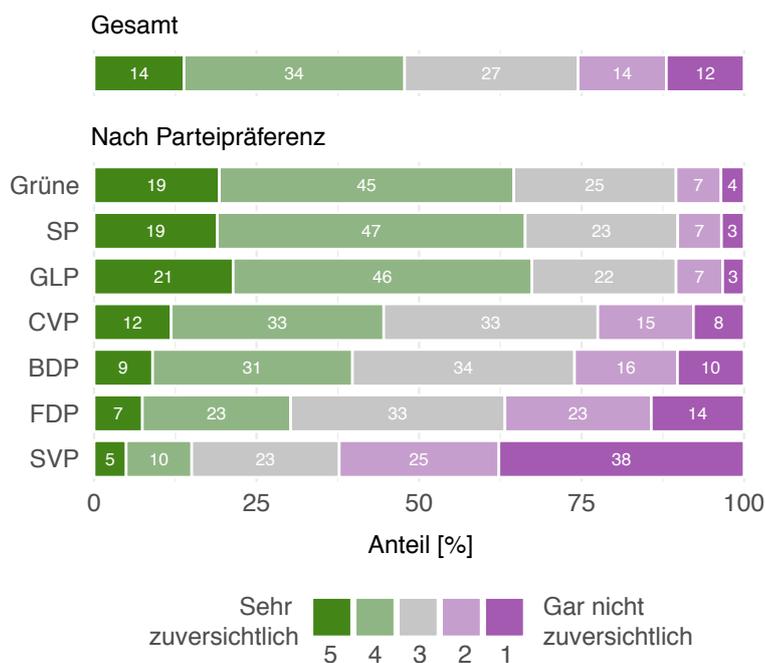


Abbildung 9: «Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung des Parlaments nach den Wahlen besser sein wird als heute?»

Grundsätzlich fällt auf, dass die Zuversicht links und im ökologischen Spektrum gross ist, während Richtung rechts der Pessimismus zunimmt. Dies zeigt, dass die Wählenden insgesamt von einem Rutsch Richtung mehr Grün und mehr Rot ausgehen.

Ein leichtes und dennoch auffälliges Links-Rechts-Gefälle zeigt sich auch bei der Einschätzung der Wichtigkeit des Wahlausgangs für die Zukunft der Schweiz. Die meisten Wählenden von links bis rechts geben an, dass der Wahlausgang aus ihrer Sicht wichtig sei für die Zukunft des Lands. Dies ist nicht erstaunlich, schliesslich handelt es sich dabei um Stimmberechtigte, die an den Wahlen teilnehmen wollen. Und dennoch kommt in Abbildung 10 deutlich zum Ausdruck, dass im links-ökologischen Spektrum die grösste Dringlichkeit in Bezug auf die Wahlen besteht. Im rechtsbürgerlichen Spektrum geben etwa doppelt so viele Wählende an, dass der Wahlausgang nicht speziell wichtig ist für die Zukunft der Schweiz. Spannend ist, dass die Ansichten an der Basis der SVP am weitesten auseinandergehen. Für überdurchschnittlich viele von ihnen ist der Wahlausgang sehr wichtig, zugleich sind auch überdurchschnittlich viele nur mässig von der Dringlichkeit der Wahlen überzeugt.

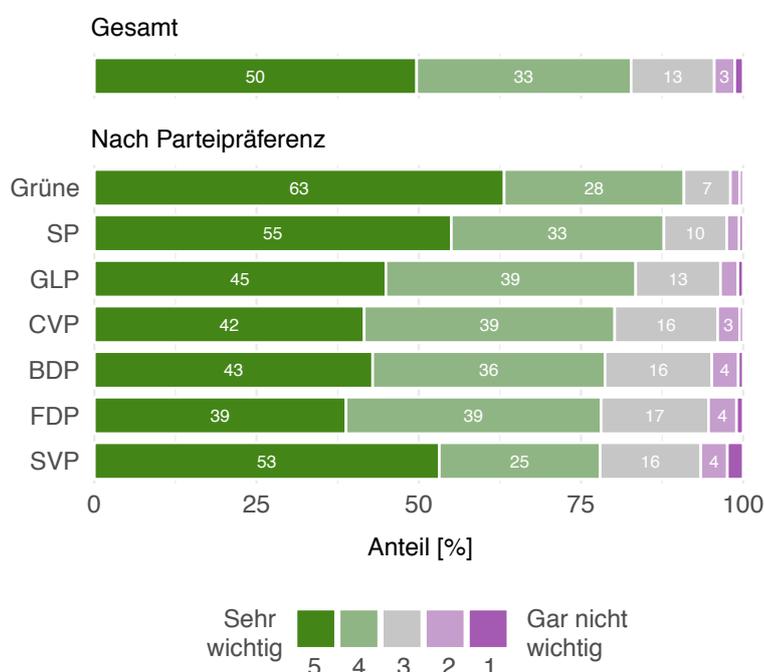


Abbildung 10: «Was denken Sie: Wie wichtig ist der Ausgang der Wahlen für die Zukunft der Schweiz?»

2.3 Art des Wahlentscheids

Geht es um den wichtigsten Grund für den Wahlentscheid geben auch in der letzten Befragung vor den Wahlen die meisten Wählenden an, dass dies die politische Ausrichtung einer Partei ist. Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz geht es nur am Rand um Persönlichkeiten. Nur 9 Prozent geben dies als wichtigstes Kriterium an. Auch Lösungskompetenz steht mit 22 Prozent nicht im Vordergrund. Die Nationalratswahlen sind im Wesentlichen Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung des Parlaments. Dies gilt allerdings nicht für alle

Parteien gleichermaßen. Die politische Ausrichtung steht bei den Wählenden von SVP, SP, Grünen und GLP klar im Vordergrund (Typ Polpartei). Demgegenüber sind bei CVP, BDP und FDP andere Motive insgesamt wichtiger (Typ Mittepartei). Speziell sind dabei die klare Zuordnung der FDP und der GLP zu einer der beiden Gruppen. In früheren Befragungen nehmen die beiden Parteien nämlich eine Mittelstellung zwischen den beiden Gruppen ein. In der Beurteilung durch ihre Wählenden hat sich die FDP einer Mittepartei angenähert, während sich die GLP vermehrt einer Polpartei gleicht. Dies ist zumindest ein Indiz dafür, dass das Profil der FDP aus Sicht ihrer Wählenden an Schärfe verloren hat, während jenes der GLP klarer geworden ist.

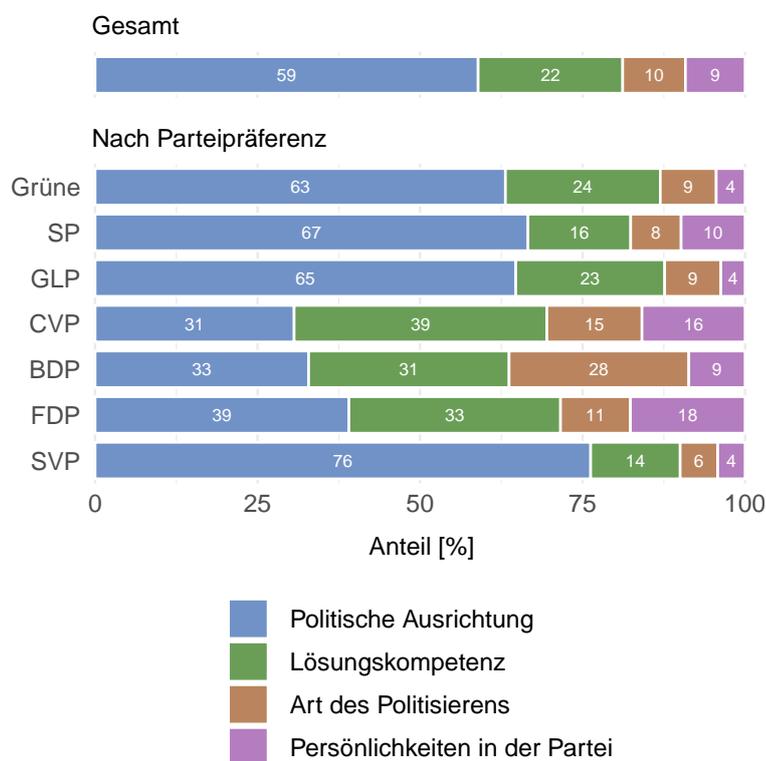


Abbildung 11: Wichtigster Grund für den aktuellen Wahlentscheid

Erstmals in dieser Legislatur geben mehr als die Hälfte der Befragten an, ihren Wahlentscheid aus voller Überzeugung zu treffen (54 %). Dieser Anteil ist typischerweise bei den Polpartei besonders gross. Noch im Juni war der Anteil derer, die ihren Wahlentscheid aus Mangel an besseren Alternativen gefällt haben, bei der SVP mit 42 Prozent am grössten. Nun geben dies nur noch 30 Prozent der SVP-Wählenden an. Dies deutet darauf hin, dass die Motivation der SVP-Basis nach dem Tiefpunkt im Frühsommer wieder gestiegen ist.

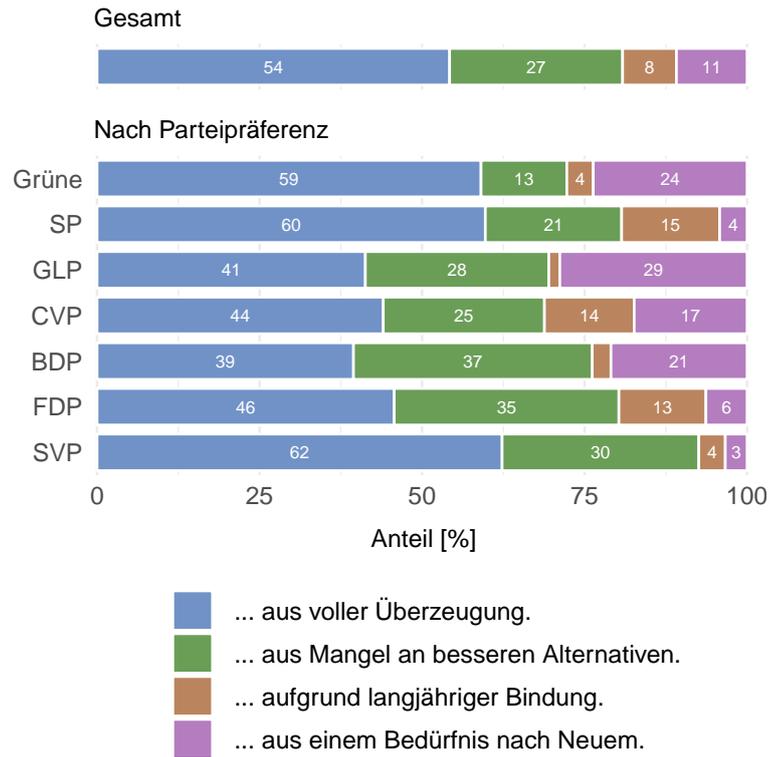


Abbildung 12: Art des aktuellen Wahlentscheids

3 Wichtigste politische Herausforderungen

3.1 Klima gewinnt nochmals an Wichtigkeit

Vor einem Jahr, im Oktober 2018, war an dieser Stelle folgendes vermerkt: «Nachdem die Umweltthematik jahrelang in der Wahrnehmung der Bevölkerung keine zentrale Rolle spielte, hat der heisse, trockene Sommer 2018 das Thema «Klimawandel, CO₂-Ausstoss» wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.» Dass das Klimathema ein Jahr später immer noch im Fokus stehen würde, galt damals keineswegs als ausgemacht. Dass dieses Thema die Wahlen 2019 geradezu dominieren könnte – damit dürfte vor einem Jahr niemand ernsthaft gerechnet haben. In dieser letzten Ausgabe des SRG Wahlbarometers vor den Wahlen hat die Klimathematik nochmals einen Sprung gemacht. Für 42 Prozent der Befragten gehört das Klima zu den drei wichtigsten politischen Herausforderungen der Schweiz.



Abbildung 13: Wichtigste politische Herausforderungen aus Sicht der Wählenden – Zeitverlauf

Die Klimathematik liegt damit immer noch einen Punkt hinter den Krankenkassenprämien. Die hohen Prämien stellen für viele eine finanzielle Belastung dar, sie eignen sich dennoch nicht für eine grosse, emotionale Erzählung wie die Flüchtlinge von 2015 oder eben das Klima von 2019. Dazu passt, dass viele, welche die hohen Prämien zu den grossen Herausforderungen zählen, diese dennoch nicht als relevant für den Wahlentscheid ansehen. Geht es um die Themen, die relevant sind für den Wahlentscheid, steht der Klimawandel mit 27 Prozent Nennungen klar an der Spitze. Das heisst zugleich, dass für 73 Prozent dieses Thema beim Wahlentscheid nicht im Vordergrund steht. In Abbildung 14 sind die 16 den Befragten zur Auswahl vorgelegten Herausforderungen dargestellt.

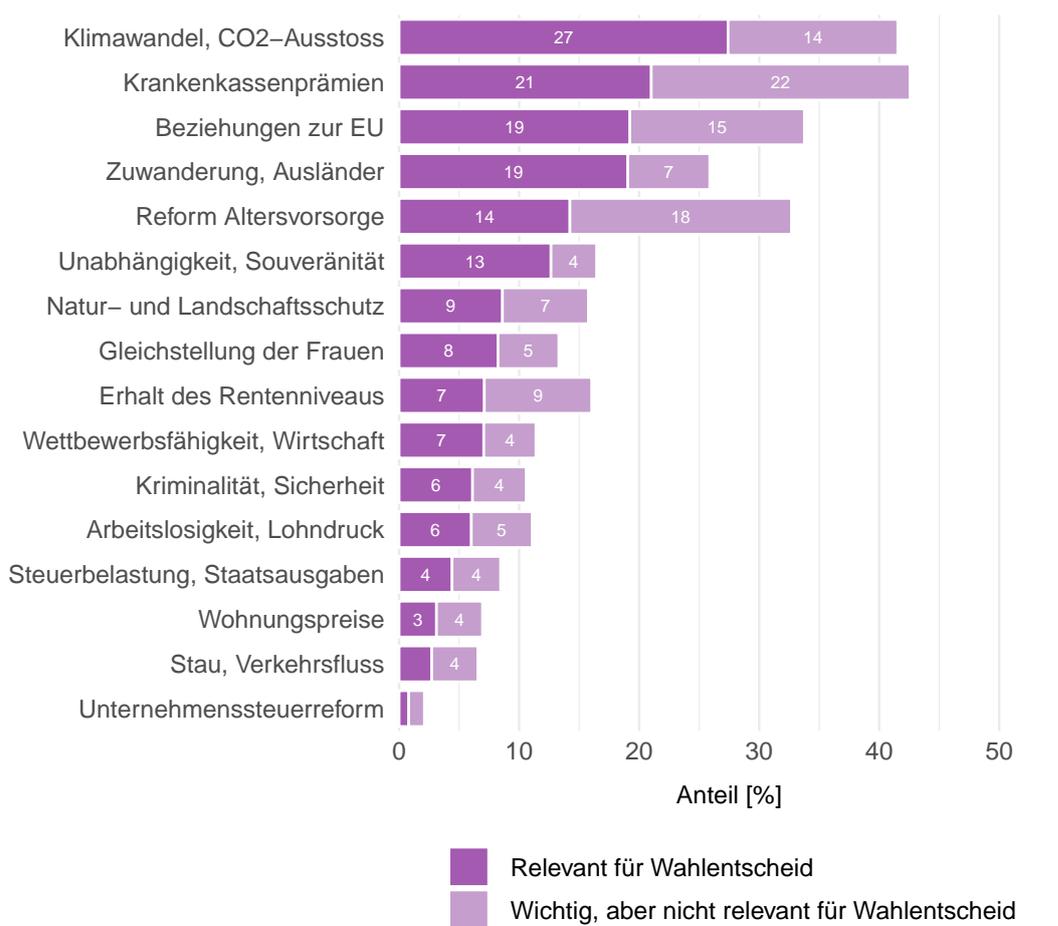


Abbildung 14: Wichtigste politische Herausforderungen nach Relevanz für Wahlentscheid

Folgende Abbildung ?? zeigt die meistgenannten Herausforderungen jeweils im Zeitverlauf. Dabei kann den Diagrammen auch entnommen werden, wie viele die jeweilige Herausforderung als relevant für den Wahlentscheid angesehen haben. Auffällig ist der gegenläufige Trend von Klima und Europa. Die EU-Beziehungen haben seit Anfang Jahr stetig an Bedeutung für den Wahlentscheid verloren, während das Klima immer wichtiger wurde. Leicht abgenommen hat auch die Bedeutung die Reform der Altersvorsorge. Auffällig ist ausserdem, dass die Ausländerfrage, wenn auch auf tiefem Niveau, wieder etwas an Bedeutung für die Wählenden gewonnen hat.

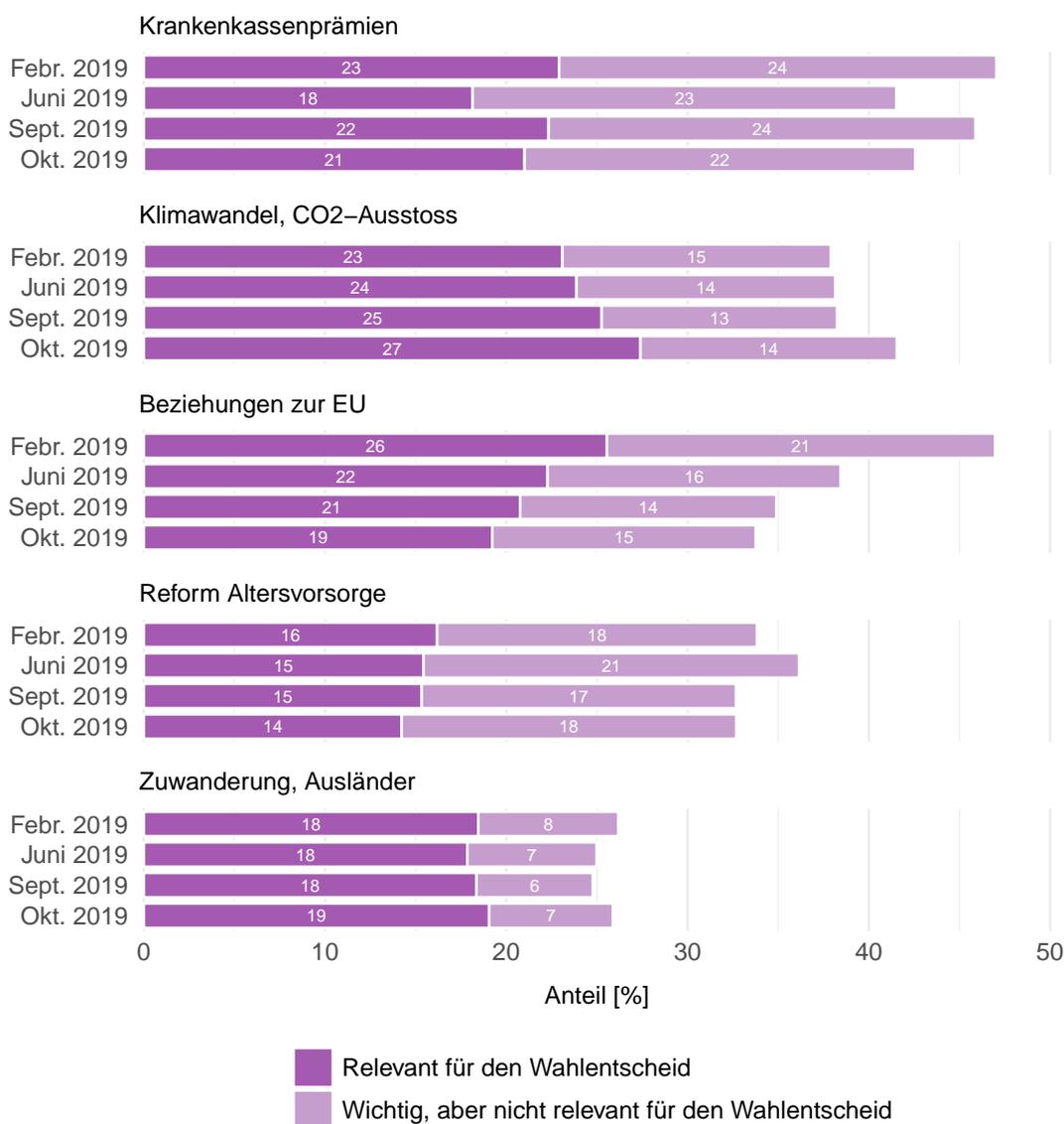


Abbildung 15: Wichtigste politische Herausforderungen nach Relevanz für Wahlentscheid – Zeitverlauf

3.2 Nach Parteien und politischer Position

Wie beurteilen die Wählenden der verschiedenen Parteien die Wichtigkeit der Herausforderungen für ihren Wahlentscheid? Abbildung 16 zeigt für die sieben grössten Parteien die jeweils sechs relevantesten Themen für den Wahlentscheid. Noch stärker als in jeder Befragungswelle zuvor überragt das Klimathema bei den Grünen und den Grünliberalen alles. Erstmals steht bei beiden Parteien der Natur- und Landschaftsschutz an zweiter Stelle. Die Fokussierung auf Umweltthemen hat im Verlauf des Jahres insbesondere bei der GLP-Wählerschaft markant zugenommen. Das heisst, es ist auch hier primär die grüne Parteifarbe, welche eine besondere Anziehungskraft entwickelt. Bei der SVP-Wählerschaft hat seit Anfang Jahr der Themenbereich «Unabhängigkeit, Souveränität» an Dringlichkeit

verloren. Dafür liegt der Fokus wieder stärker beim Ausländerthema. Markant ist schliesslich die Bedeutung, welche die CVP-Basis den Krankenkassenprämien zumisst. Erstmals ist dieses Thema für fast die Hälfte der Wählenden der CVP entscheidungsrelevant. Offenbar haben die Wahlkampagnen dazu geführt, dass die Wählenden von GP, GLP, SVP und CVP ihre Partei jeweils mit einem Hauptthema in Verbindung bringen. Im Gegensatz dazu werden SP und insbesondere FDP und BDP mit keinem eigenen dominanten Thema in Verbindung gebracht.

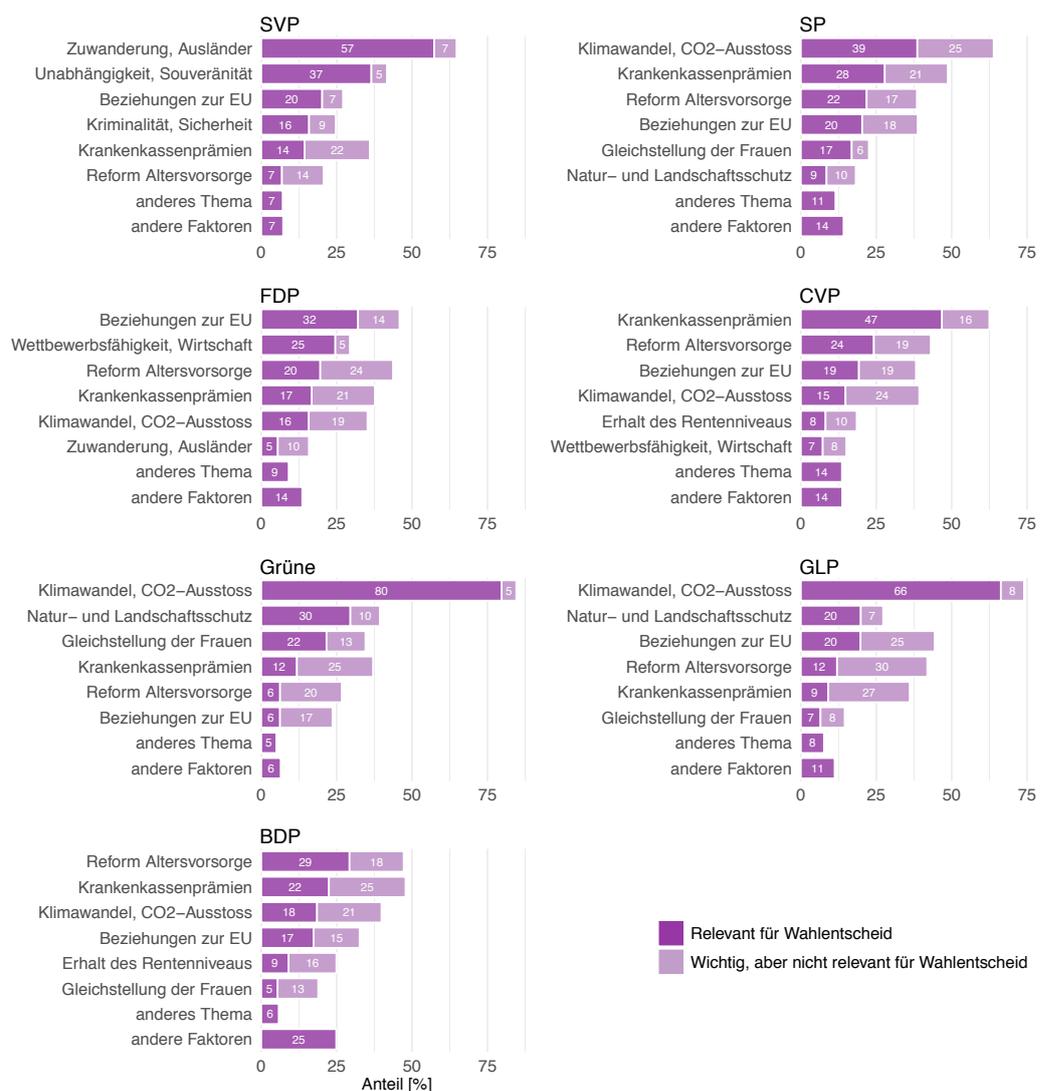


Abbildung 16: Wichtige und wahlrelevante Herausforderungen nach Parteiwählerschaften

Abbildung 17 zeigt die wichtigsten Herausforderungen nach Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Skala. Von den vier Themen mit der höchsten Relevanz für den Wahlentscheid werden zwei sehr ungleich von links und rechts beurteilt. Dies ist zum einen der Klimawandel. Dieses Thema wurde in dieser Befragungswelle so häufig genannt wie nie zuvor. Dennoch wird es fast ausschliesslich von Wählenden

als Top-Herausforderung bezeichnet, die sich selber politisch zwischen der Mitte und links einordnen. Das Gegenstück dazu ist die Ausländerthematik. Dieses Thema ist vorwiegend für Wählende relevant, die sich rechts im politischen Spektrum einordnen. Die Migrationsthematik hat aber in der politischen Mitte deutlich weniger Gewicht als das Klima.

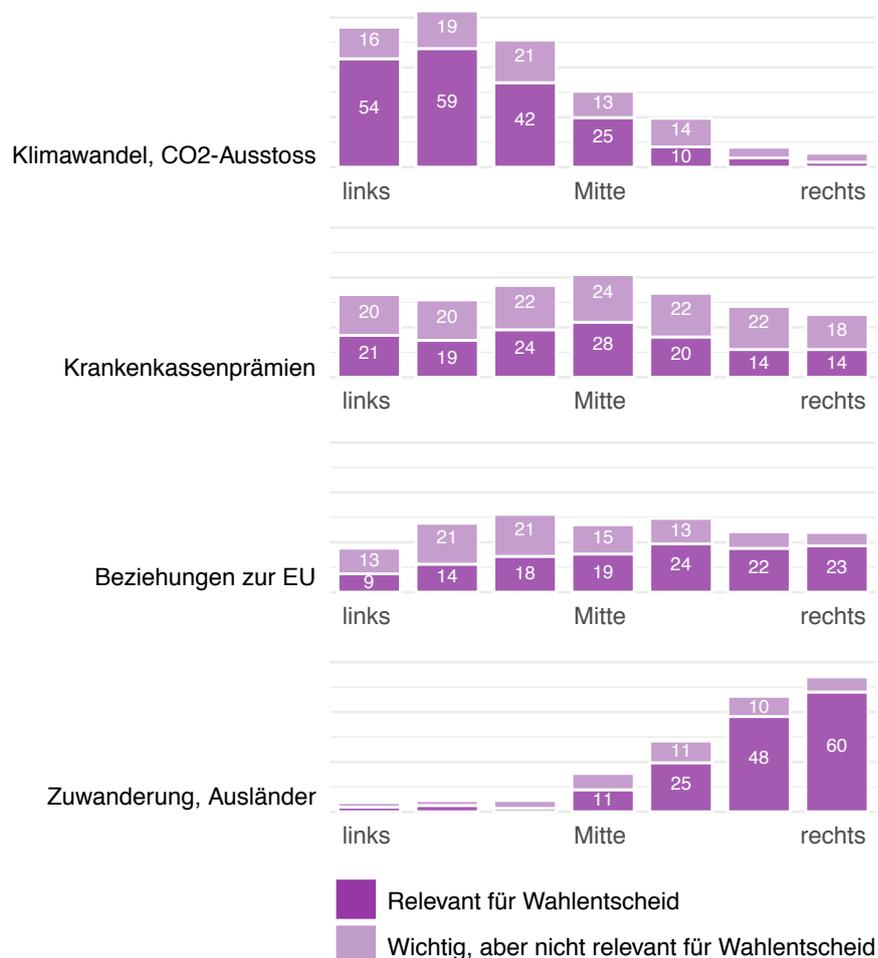


Abbildung 17: Relevanteste Herausforderungen nach Selbstpositionierung im Links-Rechts-Spektrum

Genau hier liegt der Erklärungskern für die politische Dynamik zwischen den Wahlen 2015 und 2019. Vor vier Jahren war Migration das Top-Thema. Diese im rechten Spektrum verankerte Thematik beschäftigte die Menschen bis in die politische Mitte hinein. Heute ist mit dem Klima ein Thema top, das im linken Spektrum verankert ist. Und es ist nicht mehr die Migration, sondern das Klima, das die Menschen bis in die politische Mitte hinein beschäftigt. Wir haben damit zwei aufeinanderfolgende Wahlen mit einem ideologisch beinahe perfekt gespiegelten Themenumfeld. Diese aussergewöhnliche Konstellation macht die Wahlen 2019 zu einem Unikum. Dieses gespiegelte Kräftefeld kann zu einem, zumindest für schweizerische Verhältnisse, ungewöhnlichen Linksrutsch führen.

3.3 Herausforderungen nach demographischen Kriterien

Es waren Schüler und Studierende, die mit ihren Protesten seit der Jahreswende das Klimathema in die politische Öffentlichkeit getragen haben. Im Lauf des Jahres kam das Thema zunehmend auch in den anderen Altersgruppen an. Kurz vor den Wahlen zeigt sich der Altersgegensatz nochmals akzentuiert. Bei den 18 bis 25-Jährigen dominiert das Klimathema den Wahlentscheid wie in keiner Befragungswelle zuvor. Für 45 Prozent von ihnen ist dieses Thema relevant für den Wahlentscheid.

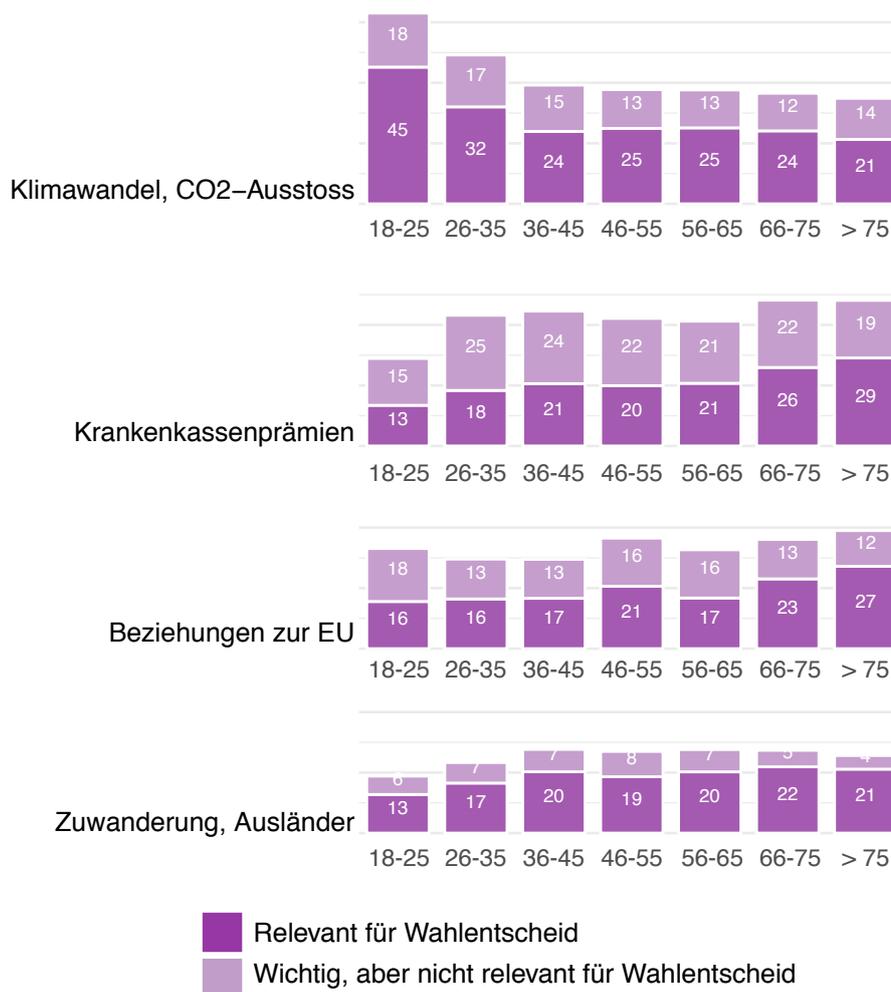


Abbildung 18: Die vier relevantesten Herausforderungen nach Alter

Demgegenüber werden die Krankenkassenprämien und in etwas schwächerer Ausprägung auch die «Beziehungen zur EU» tendenziell eher von Älteren als Kriterien für den Wahlentscheid herangezogen. Die Migrationsthematik spielt mit Ausnahme der unter 36-Jährigen, wo sie etwas weniger Bedeutung hat, in allen Altersgruppen eine ähnlich wichtige Rolle.

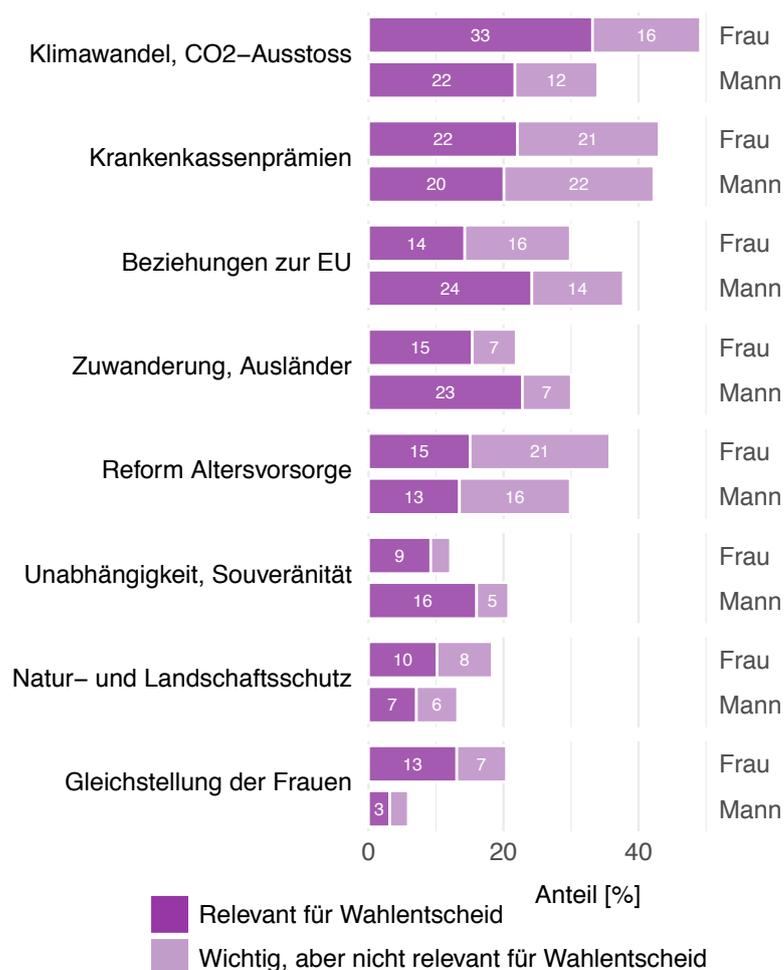


Abbildung 19: Herausforderungen nach Geschlecht

Die Klimathematik beschäftigt besonders die Jungen und sie ist für Frauen weit häufiger ein Faktor als für Männer. 33 Prozent der Frauen geben an, dass dieses Thema relevant ist für ihren Wahlentscheid. Bei den Männern sind es nur 22 Prozent. Bei den Männern sind die <Beziehungen zur EU> sowie die Ausländerthematik mindestens ebenso wichtig für den Wahlentscheid wie die Klimafrage. Die grösste Diskrepanz zeigt sich in der Gleichstellungsfrage: Diese ist für 13 Prozent der Frauen, aber nur für 3 Prozent der Männer ein relevantes Thema für den Wahlentscheid.

3.4 Sprachregionale Unterschiede

In der Deutschschweiz als der klar grössten Sprachregion entsprechen die wichtigsten politischen Herausforderungen weitgehend dem Profil der gesamten Schweiz. Dennoch fällt auf, dass bei den für den Wahlentscheid relevanten Herausforderungen in der Deutschschweiz die Migrationsfrage auf den zweiten Platz vorgerückt ist. Bemerkenswert ist, dass in der französischsprachigen Schweiz der Klima-

wandel nochmals an Bedeutung für den Wahlentscheid gewonnen hat und nun bereits von einem Drittel der Wählenden als relevant dafür genannt wird. In der Deutschschweiz sagen dies nur «nur» ein Viertel.

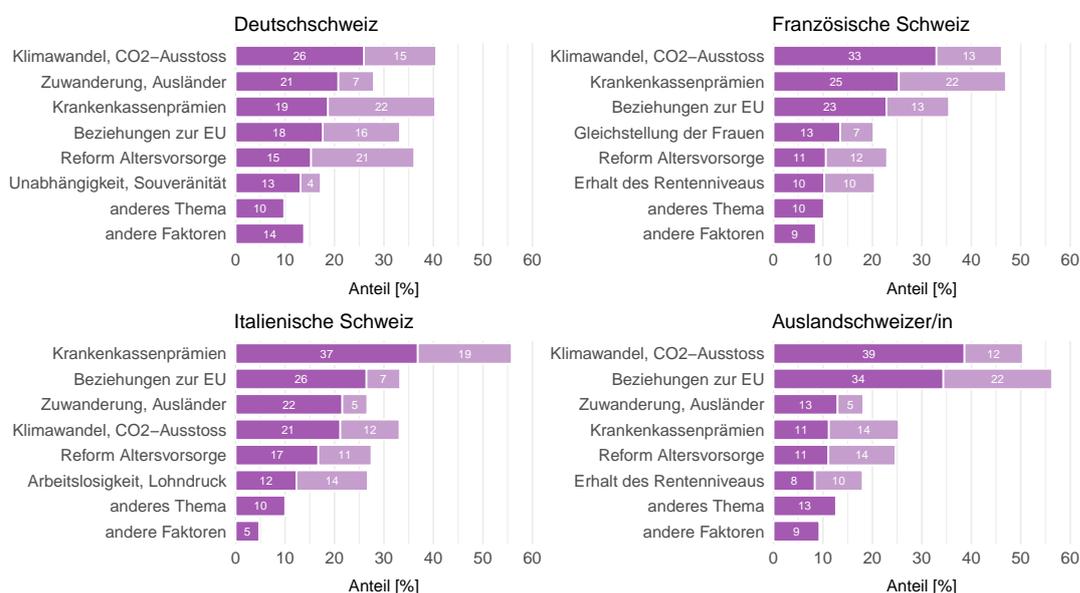


Abbildung 20: Wichtigste Herausforderungen nach Sprachregionen und Auslandschweizer/-innen

Auch für die Auslandschweizerinnen und -schweizer hat die Klimathematik nochmals an Bedeutung gewonnen. 37 Prozent von ihnen geben an, dass dies für sie ein relevantes Kriterium für den Wahlentscheid ist.

4 Schwerpunktthema Klima

4.1 Euphorie und Anzeichen von Überdruß

Die Klimathematik hat in den letzten Wochen vor den Wahlen nochmals an Bedeutung für die Wahlen gewonnen. Mehr Stimmberechtigte als zuvor, geben an, das Klima sei für sie ein entscheidendes Wahlkriterium. Die Grünen und die Grünliberalen sind noch immer im Aufwind. Wie die Analyse der Herausforderungen zeigt, steht das Klima jedoch längst nicht bei allen Stimmberechtigten im Vordergrund. Von Bedeutung ist deshalb auch das Gesamtbild: Führt das Thema, das die einen aktiviert, bei anderen allenfalls zu einem Überdruß?

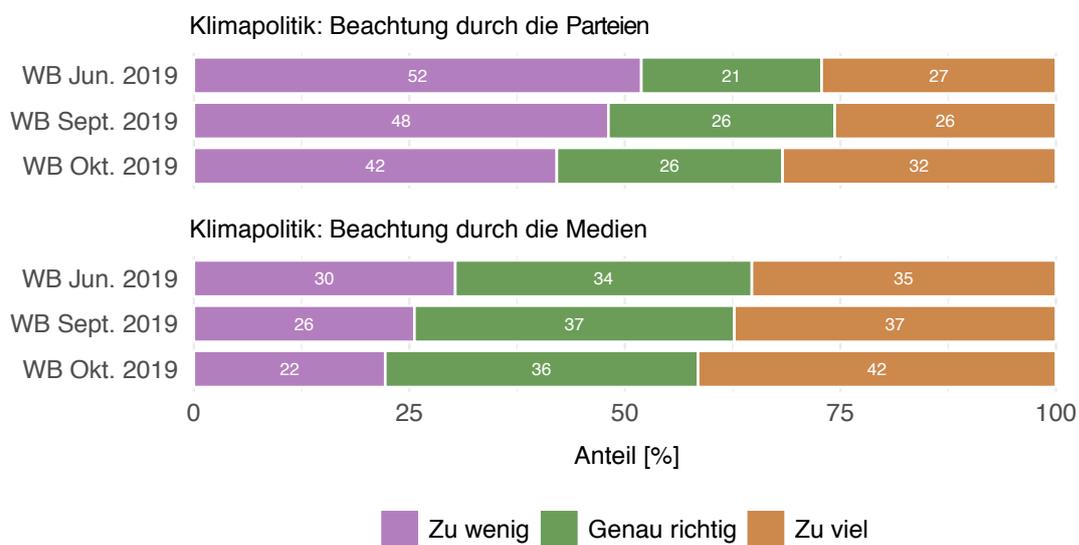


Abbildung 21: Beurteilung des Umgangs von Medien und Parteien mit der Klimathematik – Zeitreihe

In den Befragungswellen vom Juni, September und Oktober wurden die Stimmberechtigten jeweils gefragt, ob dem Klimathema genügend Beachtung durch die Medien bzw. die Parteien geschenkt werde. Der Vergleich der Befragungswellen (Abb. 21) macht deutlich, dass insbesondere in Bezug auf die Medien eine gewisse Sättigung eingesetzt hat. Während im Juni 35 Prozent der Befragten der Ansicht waren, dass dem Thema zu viel Beachtung geschenkt werde, waren Anfang Oktober schon 42 Prozent dieser Ansicht. Parallel dazu ist der Anteil, der findet, dem Thema werde von den Medien zu wenig Beachtung geschenkt von 30 auf 22 Prozent gesunken. Ähnlich, wenn auch auf tieferem Niveau, verläuft die Beurteilung des Umgangs der Parteien mit dem Klimathema. Im Juni war noch eine Mehrheit der Meinung, dem Thema werde von den Parteien zu wenig Beachtung geschenkt (52 %). Mittlerweile sind nur noch 42 Prozent dieser Ansicht.

4.2 Mehrheit für griffige Klimapolitik

Tatsächlich erhielt das Klimathema nicht nur im Wahlkampf viel Beachtung, in der Herbstsession nahm sich auch der Ständerat dieser Thematik an, indem er das CO₂-Gesetz behandelte und verschärfte. Klimapolitik wurde dadurch auf einmal konkret und neben der Sorge um den Klimawandel rückten erstmals auch die Kosten von Klimaabgaben in den Vordergrund.

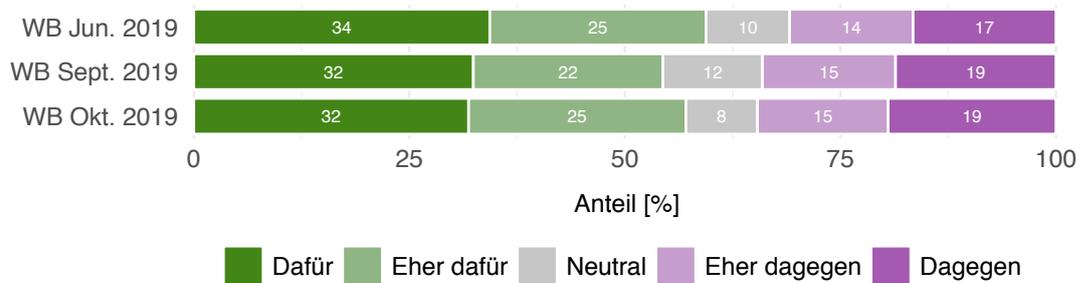


Abbildung 22: Beurteilung von Klimamassnahmen mit im Alltag deutlich spürbaren Kostenfolgen – Zeitreihe

Obwohl die grüne Welle eher stärker geworden ist, hat der Widerstand gegen Klimamassnahmen mit im Alltag deutlich spürbaren Kostenfolgen seit Juni tendenziell zugenommen. Allerdings steht auch nach der Herbstsession eine Mehrheit der Wählenden dahinter.

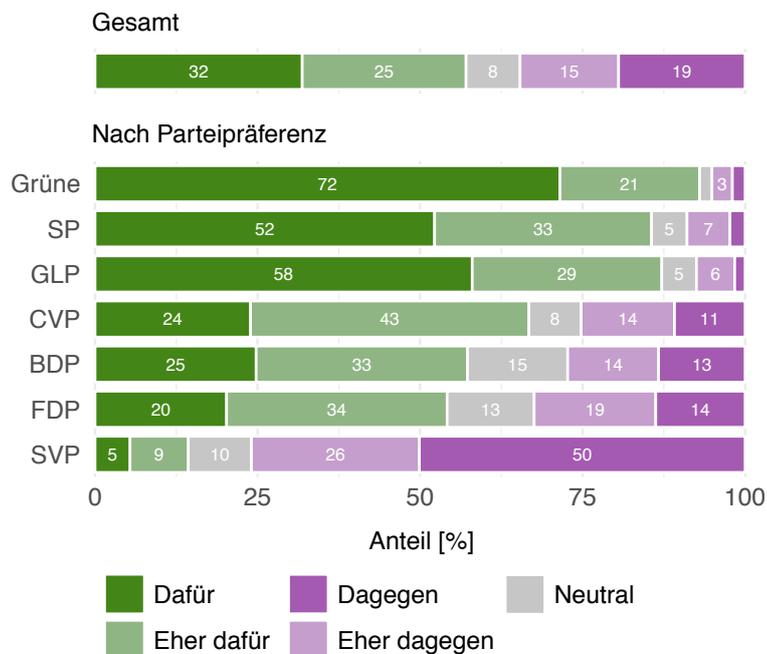


Abbildung 23: Beurteilung von Klimamassnahmen mit im Alltag deutlich spürbaren Kostenfolgen.

In diesen Trends wird dennoch deutlich, dass jeder politische Wandel auch Gegenkräfte weckt. So provozierte etwa der Aufstieg der Grünen in den 1980er-Jahren die Gründung der Autopartei. Einzig die Wählerschaft der SVP ist klar gegen eine Klimapolitik mit spürbaren Kostenfolgen. Beinahe geschlossen dahinter steht die Basis von Grünen, GLP und SP. Im bürgerlichen Spektrum ist der Widerstand dagegen durchaus substantiell. Die Wählenden der FDP sind zwar mehrheitlich für eine Klimapolitik mit spürbaren Kostenfolgen. Klar dafür sind allerdings nur 20 Prozent. Zugleich ist aber auch ein Drittel dagegen, was mehr ist als bei allen anderen Parteien – mit Ausnahme der SVP. Hier zeigt sich bereits das Dilemma, in dem die FDP in dieser Frage steckt.

4.3 FDP im Dilemma

Wie bereits bei der Analyse der Herausforderungen gezeigt wurde, gehört die Klimathematik längst nicht für alle Wählenden zu den drei wichtigsten politischen Herausforderungen der Schweiz. Es ist ein Thema, das aus Sicht der Anhängerschaft von GP und GLP absolut im Zentrum steht, aber nur gerade 7 Prozent der SVP-Wählenden erachten es als zentrale politische Herausforderung für die Schweiz. Bei der FDP sind es mit 35 Prozent zwar deutlich mehr als bei der SVP. Dennoch ist das Niveau nicht vergleichbar mit den Parteien des ökologischen Mitte-links-Spektrums.

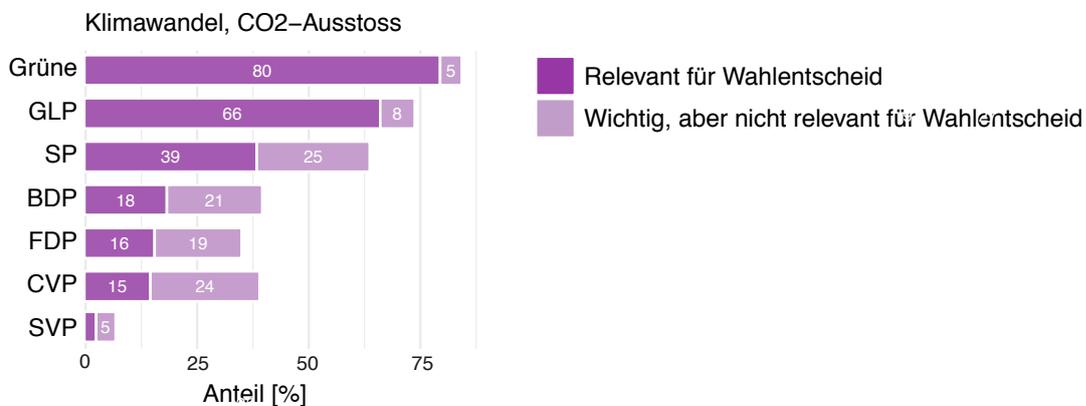


Abbildung 24: Klima als wichtige Herausforderung nach Parteiwählerschaften.

Auch wenn die Klimapolitik bei der FDP-Basis insgesamt nicht im Vordergrund steht, sind mit 27 Prozent besonders viele FDP-Wählende mit der Klimapolitik ihrer Partei unzufrieden. Die Mehrheit davon, wünscht sich mehr Engagement in diesem Bereich. Darin kommt der Druck aus der Basis für ein grösseres Klimaengagement zum Ausdruck.

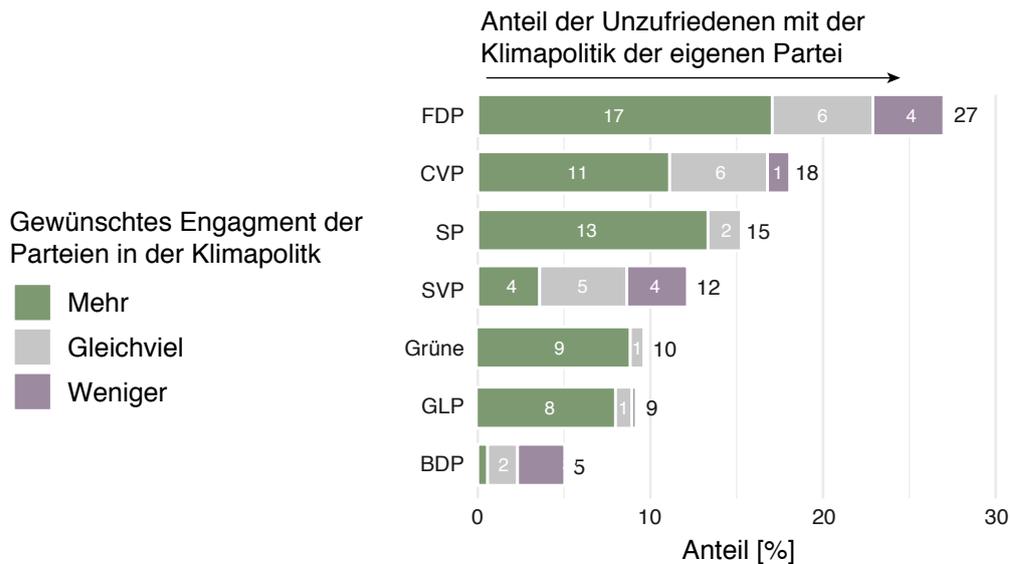


Abbildung 25: Anteil der Unzufriedenen mit der Klimapolitik ihrer Partei.

Alle diese Fakten zusammen bringen die FDP in eine schwierige Situation. Eine Mehrheit ihrer Wählenden steht hinter griffigen Klimamassnahmen. Eine relativ grosse Minderheit ist trotz verstärktem Engagement immer noch unzufrieden und wünscht sich noch mehr Engagement der Partei. Zugleich stellt sich ein Drittel ihrer Wählerschaft gegen Klimamassnahmen mit im Alltag spürbaren Kostenfolgen. Ausgerechnet beim dominanten Thema dieser Wahlperiode geht die Bruchlinie mitten durch die freisinnige Partei. Ganz anders sieht dies bei der SVP auf der einen Seite und den Grünen, Grünliberalen und Sozialdemokraten auf der anderen Seite aus. Deren Politik steht im Einklang mit der eigenen Wählerschaft. Grundsätzlich in einem ähnlichen Spannungsfeld wie die FDP befinden sich auch die CVP und die BDP. Hier ist jedoch der ordnungspolitische Widerstand gegen Klimamassnahmen innerhalb der Basis weniger stark. Ausserdem haben diese Parteien keinen markanten öffentlichen Kurswechsel vollzogen und stehen deshalb nicht derart im Spannungsfeld aller Emotionen.

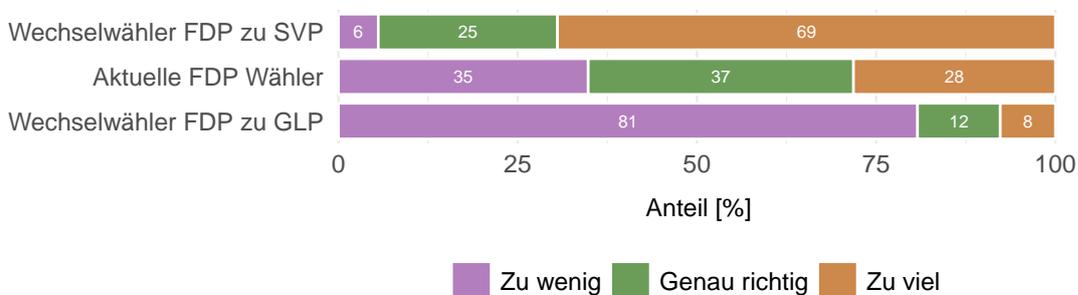


Abbildung 26: Haltung zur Klimapolitik der Parteien nach Wechselwähler-Typ.

Kurz vor den Wahlen scheint die für die Einheit der Partei anspruchsvolle und zugleich sehr sichtbare Positionierung der FDP in der Klimafrage eine negative Dynamik in Gang gesetzt zu haben. Gemäss dieser Wahlbefragung verliert der Freisinn Wähler an die SVP und in geringerem Mass auch an die Grünliberalen. Schaut man die Positionierung dieser Wechselwähler in der Klimafrage an, zeigt sich ein sehr klares Muster: 69 Prozent der Wechselwähler von der FDP zur SVP sind der Ansicht, die Parteien würden der Klimapolitik zu viel Beachtung schenken. Demgegenüber sind 80 Prozent der Wählenden, die von der FDP zur GLP wechseln, der Ansicht, dass die Parteien in dieser Frage zu wenig tun. Der Aufschwung des Klimathemas hat die FDP mitten zwischen den Fronten getrieben. Einen einfachen und eleganten Ausweg aus diesem Dilemma dürfte es kaum geben.

5 Profil der Parteiwählerschaften

Wer sind die Wählenden der einzelnen Parteien? Wie setzen sie sich nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Wie sieht ihre ideologische Ausrichtung aus? In den folgenden Abschnitten wird das Profil der Parteiwählerschaften unter die Lupe genommen. Die sehr stabile Parteienstruktur in der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht vergleichsweise stabile Muster zeigen. Dennoch zeigen sich ein paar ungewohnte Zusammenhänge.

5.1 Demographie: Geschlecht und Alter

Abbildung 27 zeigt, dass Frauen in der Tendenz etwas linker wählen als Männer. So wählen Frauen etwas häufiger Grüne oder SP als Männer. Demgegenüber wählen Frauen etwas weniger häufiger SVP. Während Männer etwa gleichhäufig Grüne und Grünliberale wählen, entscheiden sich Frauen doppelt so häufig für die Grünen.

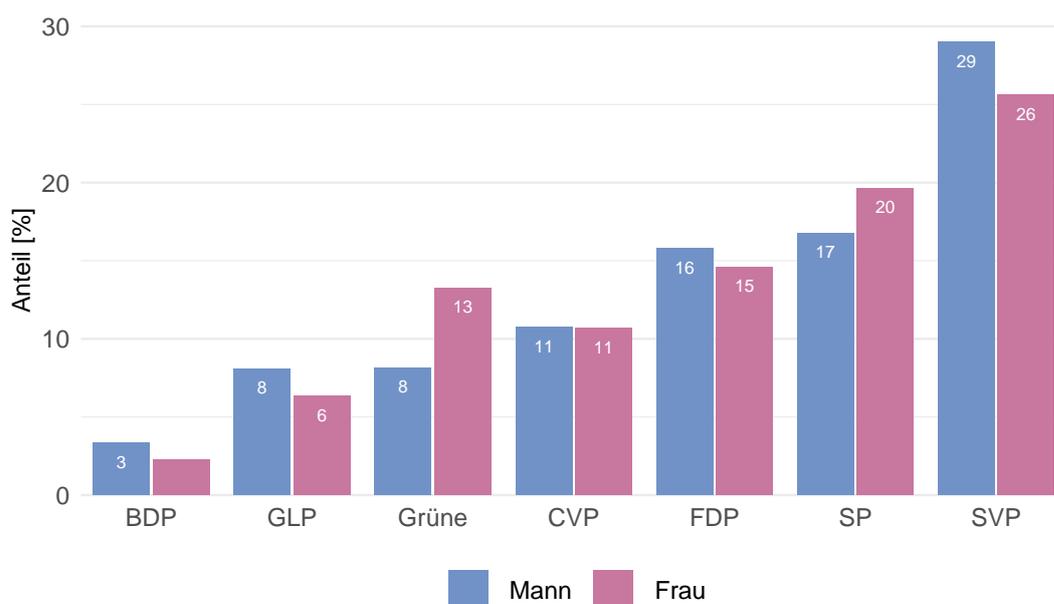


Abbildung 27: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Geschlecht

Sowohl die Grünen als auch die Grünliberalen sprechen gegenwärtig ein eher junges Publikum an. Ihr Wähleranteil ist bei den unter 26-Jährigen etwa doppelt so gross wie bei den über 65-Jährigen. Sowohl die SP als auch die FDP werden eher von älteren Personen gewählt. Noch deutliche zeigt sich dies bei der SVP: Die Wählerschaft der SVP ist eher älter strukturiert als die der anderen Parteien. Besonders die sehr jungen Wählenden sind sehr schwach vertreten. Die SVP scheint ihre spezielle Anziehungskraft auf junge Wählende, die sie in früheren

Jahren auszeichnete, etwas eingebüsst zu haben. Auch die CVP und die BDP werden tendenziell in den älteren Altersklassen häufiger gewählt.

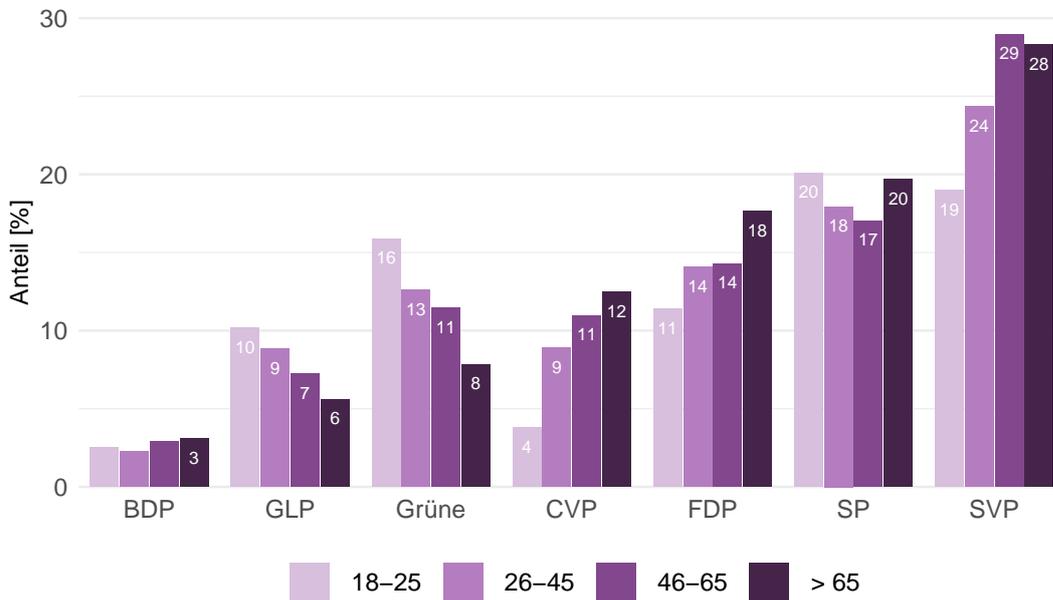


Abbildung 28: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Alter

5.2 Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen

Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen bilden die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der Wählerschaften zeigt dabei, dass diese beiden Merkmale innerhalb der einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind. Abbildung 29 zeigt den bekannten Bildungsgraben bei der SVP. Insbesondere bei Personen mit Hochschulabschluss wird sie klar unterdurchschnittlich gewählt. Ihr Wähleranteil in dieser Bildungskategorie liegt mit 15 Prozent sogar unter dem der Grünen und deutlich hinter der SP und der FDP. In der Wählerschaft der Grünen und der GLP sind Personen mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich übervertreten. Die FDP wird dagegen insbesondere von Wählenden in der tiefsten Bildungskategorie weniger gewählt, während die Verteilung bei CVP relativ flach ist. Die SP wird sowohl von Personen mit hohem als auch mit tiefen Bildungshintergrund vermehrt gewählt.

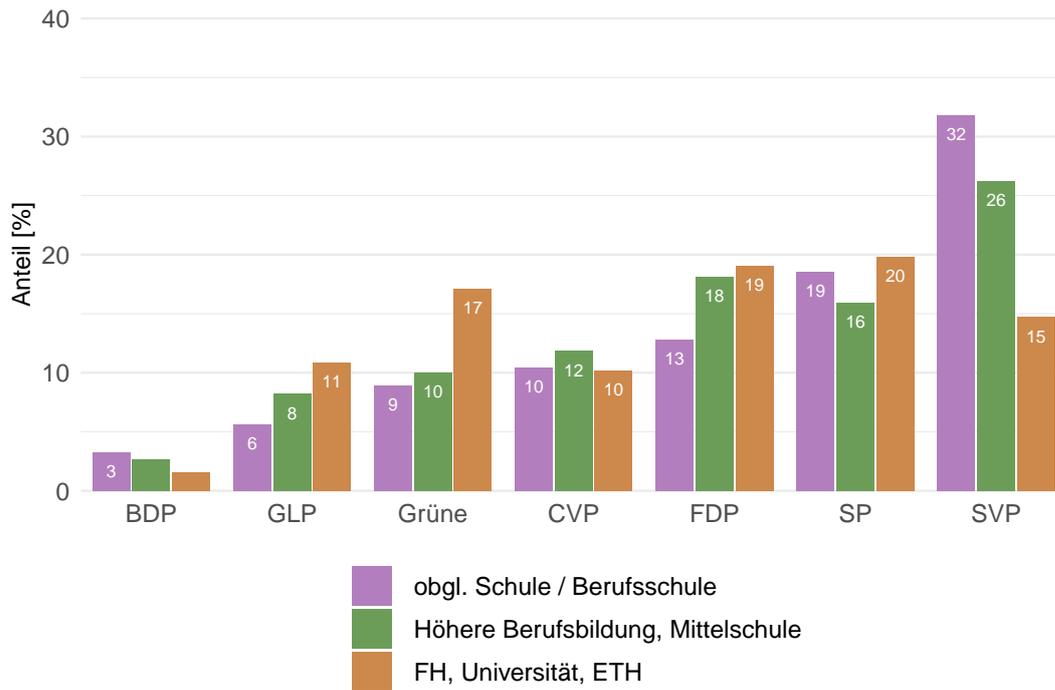


Abbildung 29: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Bildungsabschluss

Auch das Einkommen korreliert mit dem Wahlentscheid. Am deutlichsten zeigt sich dies bei der FDP, deren Wähleranteile sich mit steigender Einkommensklasse vergrössern. Bei Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 12'000 Franken bildet die FDP mit einem Wähleranteil von 24 Prozent die klare Nummer eins. Auch die Grünliberalen werden in der höchsten Einkommensklasse häufiger gewählt als in den tieferen, bei der SP ist es gerade umgekehrt. Sie wird in der obersten Einkommensklasse weniger oft gewählt als in der untersten. Besonders stark geht die Schere zwischen Bildung und Einkommen bei den Grünen auseinander. Die Wählenden dieser Partei sind zwar überdurchschnittlich gebildet, viele von ihnen gehören jedoch auch zu der untersten Einkommensklasse. Dabei handelt es sich weniger um eine klassische Unterschicht, sondern eher um eine postmateriell orientierte Wählerschaft. Die Wählerschaft der SVP weist im Schnitt ein eher tiefes Bildungsniveau auf, was sich in der Einkommensverteilung widerspiegelt, allerdings nur in einem geringen Ausmass. abgeschwächter Form. Tiefere Einkommenschichten wählen eher SVP als höhere.



Abbildung 30: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen

5.3 Wahlentscheid Auslandschweizer/-innen

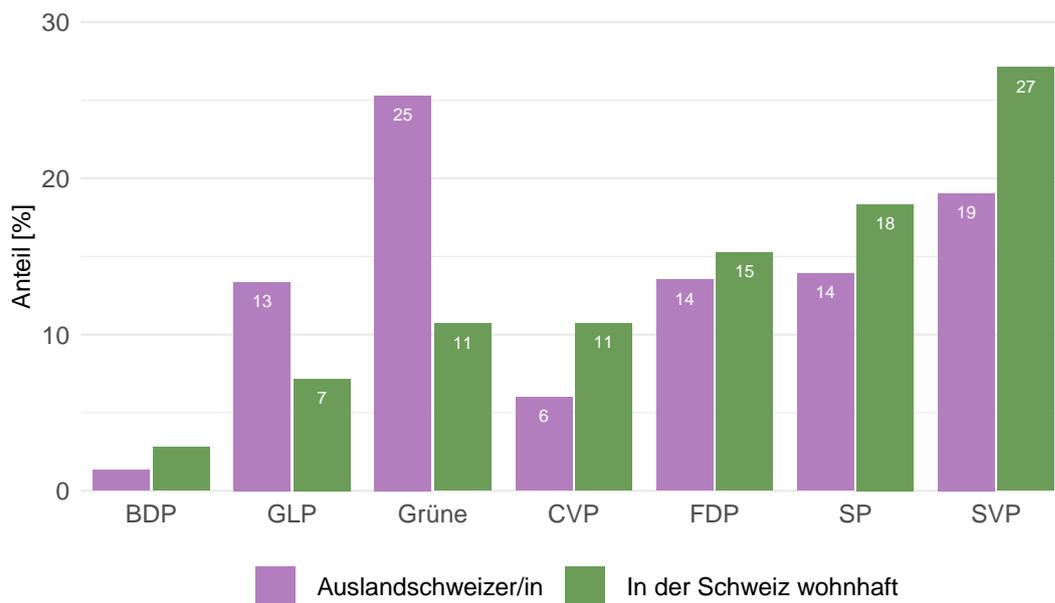


Abbildung 31: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; Auslandschweizer/innen

Im Vergleich zu in der Schweiz wohnhaften Teilnehmenden würden Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen deutlich grüner wählen: Sowohl die Grünen

als auch die GLP werden von dieser Gruppe im Vergleich präferiert. Im Gegensatz dazu erzielt die SVP bei den Auslandschweizern einen viel geringeren Wähleranteil (19 %). Bezüglich der FDP, der SP und der CVP sind die Anteile ausgeglichener. Insgesamt wird deutlich, dass die aktiven Stimmberechtigten, die ausserhalb der Schweiz wohnen, deutlich seltener nationalkonservativ denken als die Inlandschweizerinnen und -schweizer.

5.4 Selbstpositionierung im Links-rechts-Spektrum

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich selber im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 32 zeigt das politische Profil der Wählenden der einzelnen Parteien. Identisch ist gegenwärtig die Selbstpositionierung der Wählenden der Grünen und der SP. Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich das Elektorat der beiden Parteien bei -1,6. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die durchschnittliche SVP-Anhängerschaft minim weiter rechts positioniert und zwar bei 1,7.

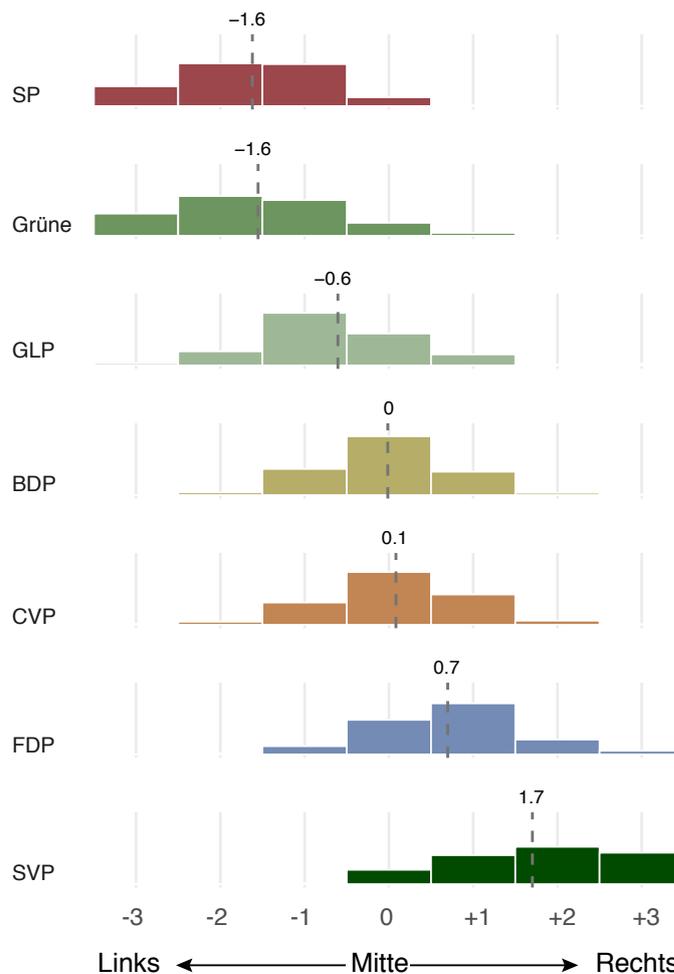


Abbildung 32: Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum

Rechts der Mitte und doch deutlich weniger rechts als die Wählerschaft der SVP findet sich jene der FDP. Ihre mittlere Position liegt bei 0,7. Fast spiegelbildlich dazu, jedoch etwas stärker eingemittelt, findet sich die durchschnittliche Position der Wählerschaft der Grünliberalen mit -0,6. Praktisch in der Mitte positionieren sich die typischen Wählenden von CVP und der BDP (0,1 resp. 0.0).

6 Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten

Der Bundesrat ist mit zwei neuen Mitgliedern ins Wahljahr gestartet. Wie schätzen die Stimmberechtigten die Machtverhältnisse im Bundesrat ein, und wie sieht es aus mit den Sympathiewerten der Mitglieder der Exekutive? Neben der Beurteilung der einzelnen Bundesratsmitglieder geht es in den folgenden Abschnitten um die Einschätzung der politischen Ausrichtung von Bundesrat und Parlament.

6.1 Wahrgenommener Einfluss der Bundesratsmitglieder

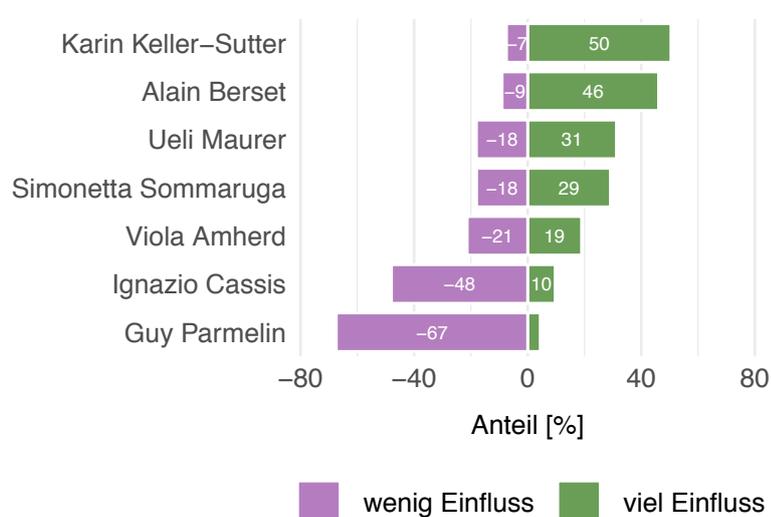


Abbildung 33: Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder

Aus Sicht der Stimmberechtigten ist Karin Keller-Sutter (FDP), die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, die Bundesrätin mit dem grössten politischen Einfluss. 50 Prozent der Befragten zählen sie zu den zwei einflussreichsten Bundesratsmitgliedern, nur 7 Prozent zu jenen zwei mit dem geringsten Einfluss. Seit ihrem Amtsantritt Anfang Jahr hat sie in der Einschätzung der Stimmberechtigten massiv an Einfluss gewonnen und liegt mittlerweile relativ klar vor Innenminister Alain Berset (SP). Dieser wird von 47 Prozent als einer der zwei einflussreichsten Bundesratsmitglieder eingestuft, zu Beginn des Jahres taten dies noch 56 Prozent. Am deutlichsten zurück geht der wahrgenommene Einfluss von Finanzminister Ueli Maurer (SVP). Nämlich von 51 Prozent Anfang Jahr auf aktuell 31 Prozent. Er liegt damit aktuell fast gleichauf mit Simonetta Sommaruga (SP), die von 29 Prozent als eine der einflussreichsten Mitglieder des Bundesrates eingeschätzt wird. Während Keller-Sutter aus Sicht der Befragten einen Kaltstart im Bundesrat hingelegt hat, ändert sich nun zunehmend auch die Wahrnehmung der Rolle von Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP)

im Bundesrat. 19 Prozent zählen sie mittlerweile zum Kreis der besonders Einflussreichen. Sie überlässt somit die beiden letzten Plätze im Einfluss-Ranking mittlerweile klar Ignazio Cassis (FDP) und Guy Parmelin (SVP).

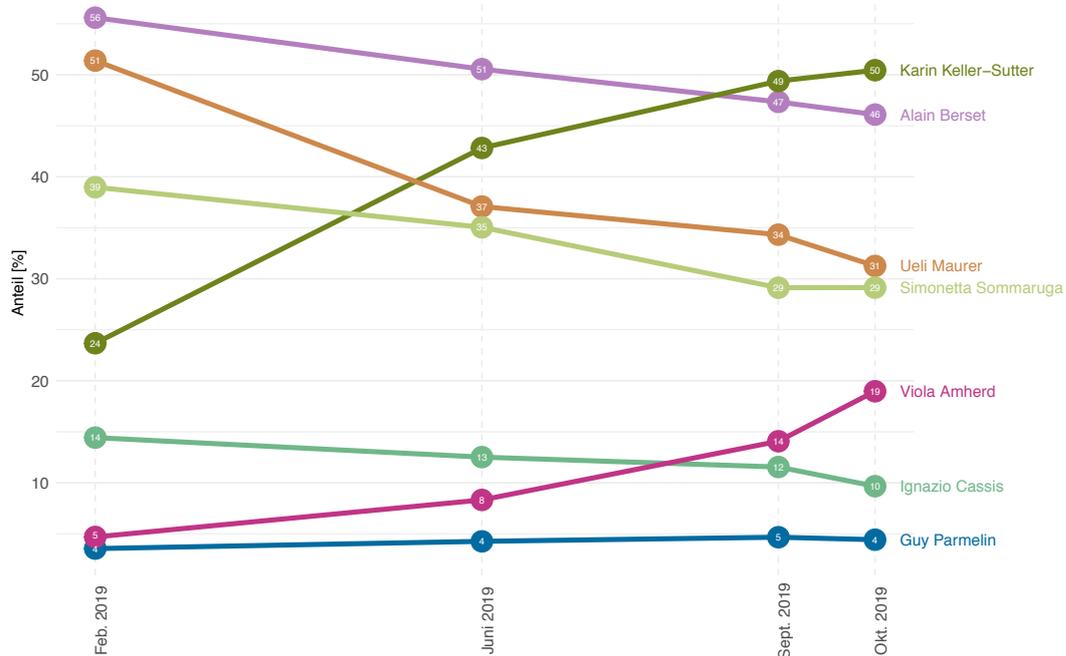


Abbildung 34: Einschätzung, welche Bundesratsmitglieder viel Einfluss haben – Zeitvergleich.

Das Einfluss-Ranking der einzelnen Parteianhängerschaften zeigt, dass sich die Einschätzung im politischen Spektrum nicht grundlegend unterscheidet. So schreiben auch die Wählenden der FDP Ignazio Cassis nur unterdurchschnittlichen Einfluss zu und auch die SVP-Basis zählt Guy Parmelin zu den Bundesräten mit dem geringsten Einfluss. Karin Keller-Sutter belegt bei den Wählerschaften aller Bundesratsparteien entweder den ersten oder den zweiten Platz. Alain Berset ist überall mindestens auf Platz drei.



Abbildung 35: Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder – nach Parteiwählerschaft

6.2 Wahrgenommene Sympathie der Bundesratsmitglieder

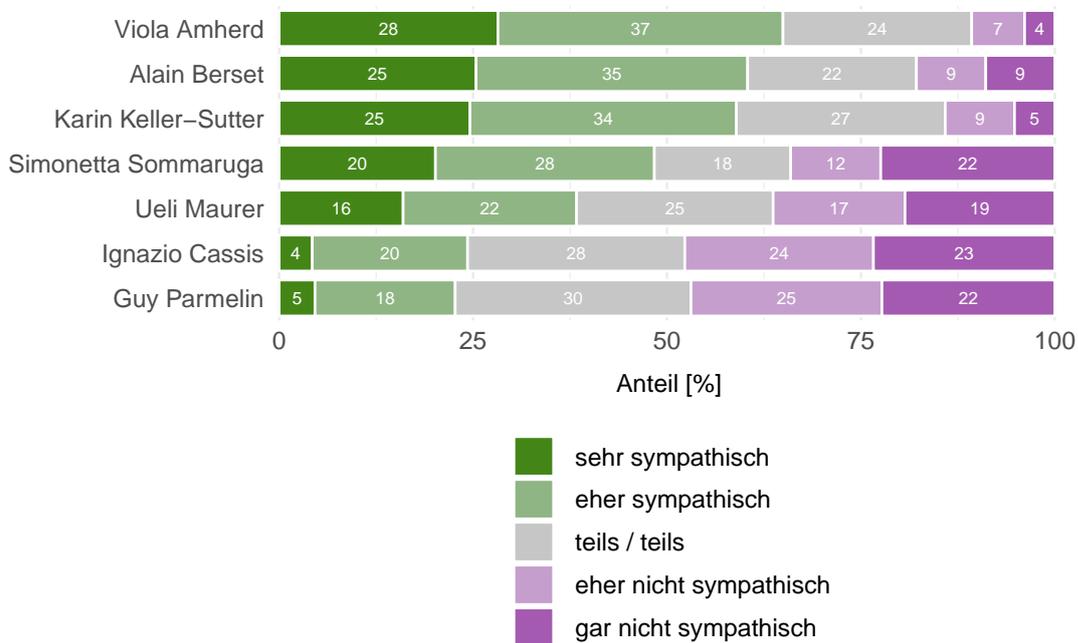


Abbildung 36: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie

Die gemäss Befragten zwei einflussreichsten Ratsmitglieder erhalten zusammen mit Viola Amherd auch die grössten Sympathiewerte. Deutlich über die Hälfte

aller Teilnehmenden schätzen diese drei Bundesräte als sympathisch oder sehr sympathisch ein. Wie die Platzierung von Viola Amherd zeigt, wird die Sympathie nicht gleichgesetzt mit Einfluss. So zählt Viola Amherd zu den besonders sympathischen, obwohl sie nur als mittel einflussreich eingeschätzt wird. Im Gegensatz dazu stehen Guy Parmelin und Ignazio Cassis: beide schneiden sowohl im Einfluss- als auch in Sympathie-Ranking schlecht ab. Ueli Maurer belegt den dritten Platz in Bezug auf seinen Einfluss – in Bezug auf Sympathie hingegen den drittletzten.

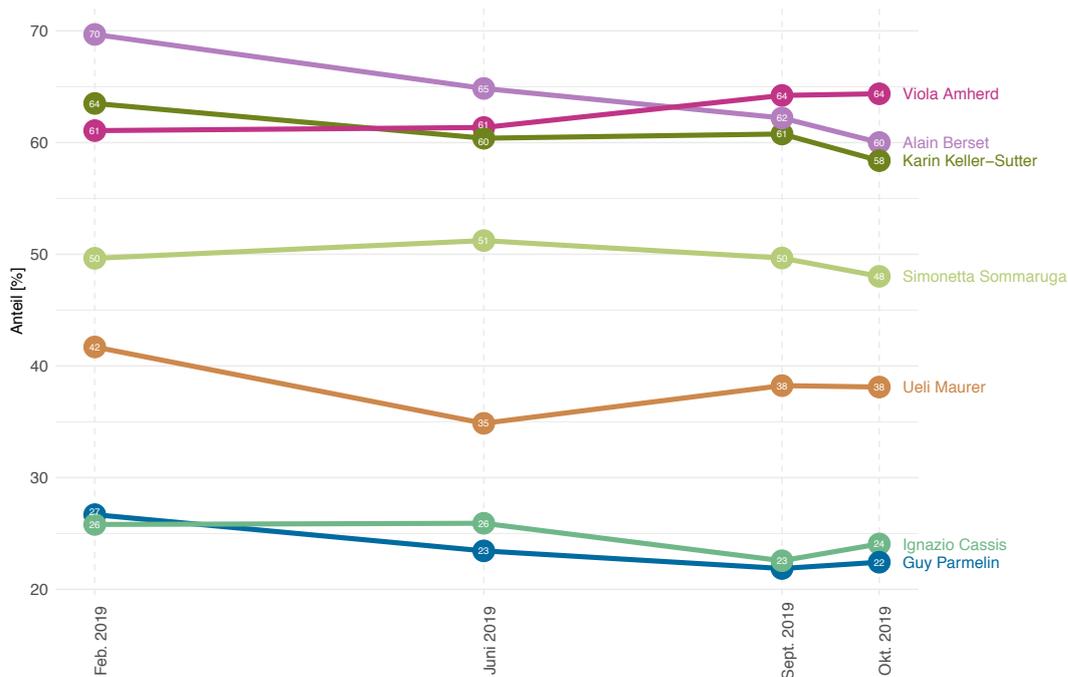


Abbildung 37: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie – Zeitvergleich

6.3 Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte

Wie schätzen die Wählenden die politische Ausrichtung der gewählten Behörden heute ein? Die Befragten wurden gebeten, die aktuelle politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern sowie der des Bundesrats einzuschätzen. Sind diese eher zu links, eher zu rechts oder politisch gerade richtig ausgerichtet?

Für 46 Prozent der Wählenden ist der Nationalrat in der laufenden Legislatur politisch eher zu rechts ausgerichtet. 30 Prozent sind der Ansicht, er politisiere eher zu links. Nur gerade 24 Prozent sind der Meinung, dass die politische Ausrichtung gerade richtig ist. Der erwartete Linksrutsch bei den Wahlen kann in gewissem Sinn als eine Konsequenz dieser Wahrnehmung angesehen werden. Wenig erstaunlich ist, dass unter den Wählenden der Polparteien der Nationalrat jeweils in grossen Mehrheiten als zu rechts (SP, Grüne) oder als zu links (SVP) wahrgenommen wird. Interessanter ist, dass die Wählenden der Mitteparteien GLP, CVP und BDP den Nationalrat in der Tendenz als eher zu rechts ausgerichtet

erachten. Einzig von der FDP-Basis, die in der aktuellen Legislatur am häufigsten die Rolle der Mehrheitsmacherin im Nationalrat wahrnimmt, ist ein grosser Anteil von 44 Prozent zufrieden mit der politischen Ausrichtung des Nationalrats.

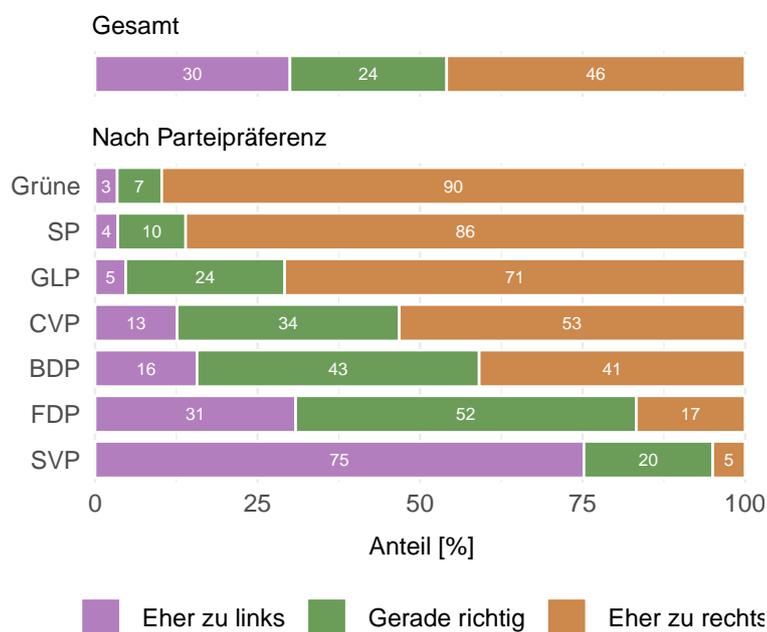


Abbildung 38: Beurteilung der ideologischen Position des Nationalrats – nach Partei

Anders als im Nationalrat macht im Ständerat immer noch klar die Mittepartei CVP die Mehrheit. Aufgrund der Personenwahl ist hier die SVP schwächer vertreten als im Nationalrat. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Stimmberechtigten die politische Ausrichtung des Ständerats anders einschätzen als die des Nationalrats. Nur 31 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass der Ständerat zu rechts positioniert ist. Dennoch gilt nicht der Umkehrschluss: Mit 30 Prozent schätzen gleichviele den Ständerat als zu links ein wie den Nationalrat. Das auf der rechten Seite häufig gezeichnete Bild des «linken Ständerats» verfängt hauptsächlich bei der SVP-Basis. Von den SVP-Wählenden stimmen dieser Aussage 76 Prozent zu. Obwohl sich die FDP im Ständerat aufgrund der Mehrheitsverhältnisse weniger leicht durchsetzen kann als im Nationalrat, sind es nur 28 Prozent der Wählenden der FDP, die den Ständerat als zu links beurteilen. Auffällig ist, dass insgesamt mit 39 Prozent vergleichsweise viele angeben, der Ständerat sei genau richtig positioniert. Offensichtlich wird die kleine Kammer als weniger ideologisch wahrgenommen als die grosse. Am deutlichsten trifft dies auf die Wählenden von CVP, BDP und FDP zu, wo jeweils eine grosse Mehrheit, der Ständerat sei genau richtig positioniert.

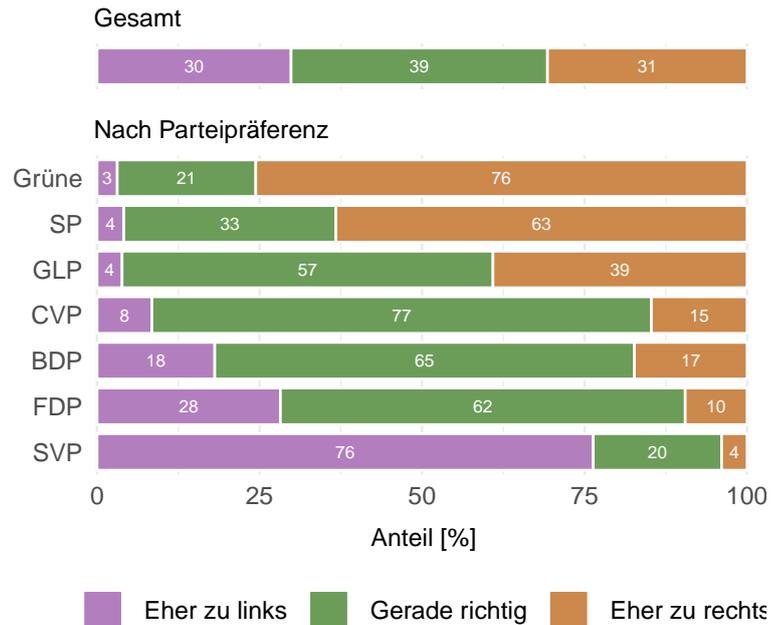


Abbildung 39: Beurteilung der ideologischen Position des Ständerats – nach Partei

Der Bundesrat wird durch die Befragten häufiger als zu rechts ausgerichtet eingeschätzt (34 %) als zu links ausgerichtet (28 %). Diese Asymmetrie zeigte sich erstmals nach der letzten Ersatzwahl im Rat. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Ansicht, der Bundesrat sei zu rechts, weit von einer Mehrheitsmeinung entfernt ist (anders als die Ansicht, der Nationalrat sei zu rechts). Ob ein möglicherweise markanter Linksrutsch des Nationalrats etwas an dieser Haltung ändern könnte, lässt sich heute kaum abschätzen.

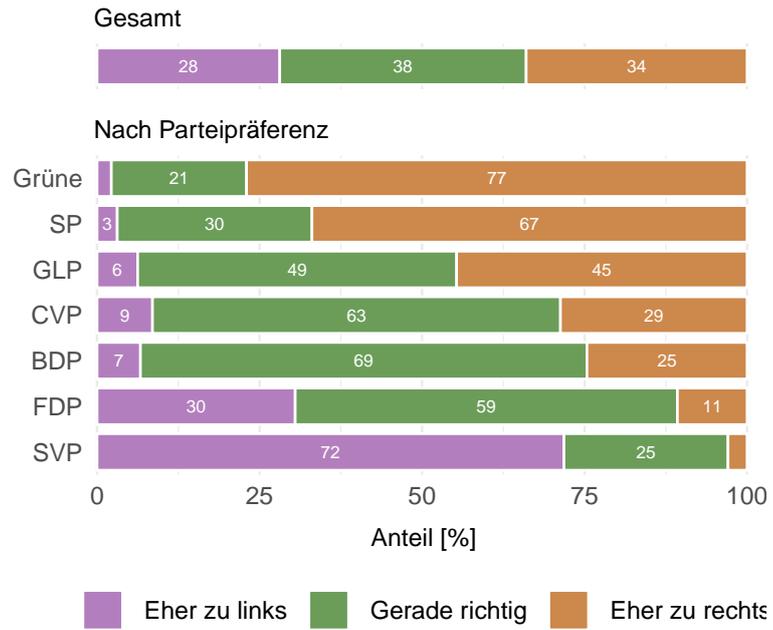


Abbildung 40: Beurteilung der ideologischen Position des Bundesrats – nach Partei

7 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zum SRG SSR Wahlbarometer fand zwischen dem 26. September und dem 2. Oktober 2019 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 12 107 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,4 Prozentpunkten.

